Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Donnerstag, 29. September 1921

Nummer 455 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ende der wirtschaftlichen Sanktionen

Aufhebung am 30. September

Berlin, 28. September.

Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer heute mittag eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden.

Paris, 28. September.

Der Ministerrat trat heute vormittag im Elysée zusammen. Ministerpräsident Briand berichtete über die äußere Lage und unterrichtete den Rat von der zwischen den Alliierten getroffenen Verständigung über die an der Rheingrenze einzurichtende Kontrolle nach Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen. Er setzte hinzu, **daß das Reich die durch das Uebereinkommen gestellten Bedingungen angenommen habe.**

Oberschlesien und der Völkerbundsrat

Berufung deutscher und polnischer Industrievertreter

Oppeln, 28. September.

Der Völkerbundsrat hat als Vertreter der oberschlesischen Industrie folgende Persönlichkeiten zum Zwecke der Berichterstattung nach Genf berufen: Von deutscher Seite: Bergrat Dr. **Geisenheimer**, Geschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, und Gewerkschaftssekretär **Karger** vom Bezirkskartell der freien Gewerkschaften. Als Vertreter der polnisch gesinnten Bevölkerungsteile Oberschlesiens sind Herr **Grobianowski**, der früher für den Berg- und Hüttenmännischen Verein tätig war, und Gewerkschaftssekretär **Kott**, der an der Spitze der polnischen Berufsvereinigung steht, nach Genf berufen worden. Die Herren sind bereits in Genf eingetroffen.

Die Botschafterkonferenz und Ungarn

EE. Paris, 28. September.

Die heute unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammengetretene Botschafterkonferenz nahm die Note zur Kenntnis, durch die die ungarische Regierung bekanntgab, daß sie das Vermittlungsangebot angenommen habe und daß sie zu einem Einvernehmen mit Oesterreich zu gelangen hoffe. Die Botschafterkonferenz nahm zur Kenntnis, **daß die ungarische Regierung den guten Willen habe, sich in jedem Falle der Entscheidung der Mächte unterzuordnen.** Die Konferenz wird keinerlei Einwände erheben, wenn zwischen Ungarn und Oesterreich Abmachungen getroffen werden, falls Oesterreich die angebotene Vermittlung annimmt, **jedoch mit dem Vorbehalt, daß die vollständige Räumung der westungarischen Komitate innerhalb der durch die letzte Note der Botschafterkonferenz vorgesehenen Zeit durchgeführt werden soll.**

Poehners Rücktritt

Ein Kampf gegen die bayerische Regierung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 28. September.

Der Polizeipräsident Poehner hat seinen Rücktritt erklärt. Er konnte es sich aber nicht versagen, nach außen hin seinen Rücktritt bombastisch zu rechtfertigen. Unterm 28. September erläßt er die folgende „Proklamation":

An die Bevölkerung Münchens!

Die bayerische Regierung hat, dem Verlangen der Reichsregierung nachgebend, in die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes eingewilligt. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat gestern abend hierzu seine Zustimmung erteilt. **Damit ist erschwert das Verbot der Straßenkundgebungen und Versammlungen unter freiem Himmel, ist Verzicht geleistet auf Schutzhaft, Ausweisung und Aufenthaltsbeschränkung sicherheitsgefährlicher Elemente, insbesondere landfremder Agitatoren, wie sie uns seinerzeit die Räterepublik beschert hat.** Der Reichsausnahmezustand sieht diese Schutzmaßnahmen aber nur unter Bedingungen vor. Die Verhältnisse hätten es noch nicht gestattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechts preiszugeben, um so weniger, als die **schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die nächsten Monate bevorstehen.** Unter diesen Umständen fühle ich mich außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen. Ich habe daher heute um Enthebung von meinem Amte gebeten.

Mit dem Rücktritt Poehners allein ist es aber nicht getan. Im Polizeipräsidium in München wimmelt es von dunklen Elementen der Hakenkreuzler. Die Mörderbanden haben dort ihre Verbindungsleute sitzen. Ein ungeheures Aktenmaterial, das die Poehner-Spitzel zusammengetragen haben, ist dort aufgestapelt. Es besteht die Absicht, alle politischen Geheimakten aus dem Polizeipräsidium zu entfernen und sie einer Geheimorganisation auszuliefern.

Die Sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat an die Regierung folgende Anfragen gerichtet: 1. Ist die Staatsregierung bereit und in der Lage, auch den Versuch zu verhindern, daß Akten des Polizeipräsidiums in den Besitz von Privatorganisationen oder -personen kommen? 2. Welche Maßnahmen sind getroffen, um eine Aktenschiebung zu verhindern?

•

Die letzte Kundgebung Poehners steht in voller Uebereinstimmung mit seinen früheren Amtshandlungen. Er entpuppt sich in ihr erneut als ein Führer jener Rechtsradikalen, die den Belagerungszustand immer nur zur Förderung monarchistischer und reaktionärer Auffassungen benutzt haben. Poehners Kundgebung ist aber mehr. Mit dem frechen Tadel an die bayrische Regierung wegen der Aufhebung des Belagerungszustandes verbindet er die Absicht, die ihm ergebenen Kreise, für deren Stärkung und Bewaffnung er ja hinlänglich zu sorgen Gelegenheit hatte, zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen die jetzige bayrische Regierung aufzuputschen. Ob ihm das gelingt, mag zweifelhaft sein. Die Aufdeckung seiner Taten: das Bestehen von Mörderorganisationen unter seiner Duldung und Förderung, die von ihm beschützte schamlose Propaganda gegen die Reichsregierung hat nämlich eine andere Wirkung gehabt als er und seine Anhänger glaubten. Die Deutschnationalen sind auch in München dadurch erheblich geschwächt worden, und selbst der Rücktritt Poehners und seine offene Kampfansage an die bayrische Regirung dürfte kaum noch imstande sein, ihm den erstrebten Einfluß zu verschaffen.

Die Aussperrung in Höchst

Oder der schwerhörige Arbeitsminister

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Höchst, den 28. September.

Bisher ist noch keine Einigung mit den Unternehmern zustande gekommen. Bei den Verhandlungen stellt sich heraus, daß die Unternehmer die Absicht haben, einen Teil der Arbeiter nicht wieder in die Betriebe hineinzunehmen. Die Aussiebung soll natürlich in der Weise erfolgen, daß die „unruhigen Elemente" entfernt werden. Die Unternehmer stellen ferner die Forderung, daß die Belegschaften und Betriebsvertretungen auf ihre alten, noch über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinausgehenden Rechte verzichten.

Damit wird der eigentliche Zweck der Aussperrung offenbar und unsere von jeher gehegte Vermutung wird bestätigt. Die Höchster Aussperrung ist das Ergebnis eines wohlüberlegten Vorgehens der Unternehmer zur Knebelung der Arbeiterschaft. Unserer mehrfach ausgesprochenen Aufforderung zum Eingreifen des Reichsarbeitsministers ist noch immer nicht Rechnung getragen worden, obwohl hier ein so krasser Fall von brutaler Vergewaltigung der Arbeiterschaft vorliegt, daß er auf den Arbeitsminister, der den Wirtschaftsfrieden über alles liebt, eigentlich aufreizend wirken müßte. Der Reichsarbeitsminister aber rührt sich nicht, sondern läßt die Unternehmer gewähren, obwohl er auch von anderer Seite eindringlichst auf die Notwendigkeit des Handelns aufmerksam gemacht worden ist. Wir wiederholen deswegen unsere Aufforderung an den Reichsarbeitsminister. Wir erinnern auch an die Verordnung vom 8. November 1920. Nach dieser Verordnung sollen die Inhaber oder Leiter der Betriebe den Behörden Anzeige erstatten, bevor sie Betriebsanlagen abbrechen oder stillegen, ganz oder teilweise nicht benutzen, sofern hierdurch eine bestimmte Anzahl von Arbeitnehmern zur Entlassung gebracht werden soll. Wir erinnern ferner daran, daß wir sofort gewarnt haben, als in diese Verordnung die Bestimmung eingefügt wurde, daß sie keine Anwendung finden soll, wenn Arbeitsstreitigkeiten vorliegen. Jetzt provoziert das Unternehmertum Arbeitsstreitigkeiten, um die Verordnung unbeachtet lassen zu können. Das war vorauszusehen, und der Höchster Fall ist nicht der erste dieser Art. Das Reichsarbeitsministerium aber läßt sich lustig auf der Nase herumtanzen und zuckt mit keiner Wimper.

Der Arbeitsplan des Preußischen Landtages. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beriet am gestrigen Mittwoch vor der Vollsitzung über die Geschäftslage und beschloß, zunächst die zur Erledigung stehenden Gegenstände zu beraten. Bis auf weiteres zurückgestellt wurde die große Anfrage Braun (Soz.) über die Rechtspflege. Man wird diese Woche durchberaten und am Montag mit der Beratung des Handelshaushalts beginnen. Am darauffolgenden Freitag wird dann voraussichtlich eine Pause eintreten.

Die Lage der Arbeitsinvaliden

Von Johs. Lüneburg, Verbandsvorsitzender

Zu der Forderung nach einem besonderen Unterstützungsgesetz für die Opfer von Oppau machte der Reichsarbeitsminister die Bemerkung, das wäre eine Bevorzugung dieser auch vom Unglück in ausgiebigstem Maße „Bevorzugten". Der Grund für diese Forderung liegt aber in der geradezu lächerlichen Niedrigkeit der Renten für die Arbeitsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen. Das scheint der Arbeitsminister nicht zu bedenken. Der Oppauer Fall sollte nun zum Anlaß dienen, sich der Lage derer, die im Frondienste des Kapitals von der Wut der Elemente getroffen werden oder dem Rasen der Maschinen zum Opfer fallen, ganz allgemein zu erinnern. Vielleicht dient Oppau dazu, das öffentliche Gewissen wach zu rütteln, was ein höchst notwendiger Vorgang wäre, den wir durch die nachfolgende Darstellung etwas beschleunigen möchten.

Die eingetretene Brotpreiserhöhung, die neue Teuerungswelle, haben die Arbeits- und Zivilinvaliden, Invalidenrentner, Unfallverletzten, Armenunterstützungsempfänger, Geburtsinvaliden usw. und deren Angehörigen in ein nicht mehr zu überbietendes Höchstmaß der Verelendung gebracht. In der anhaltenden, rapiden Steigerung der Teuerung und Geldentwertung drohen diese Kreise fast völlig zu erliegen. Selbst das, was man anderen leidenden und wirtschaftlich behinderten Gruppen, den Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Erwerbslosen, Wöchnerinnen usw., entsprechend den Ursachen ihres Notstandes zugestehen mußte: die Spezialfürsorge ist den Arbeits- und Zivilinvaliden und deren Hinterbliebenen versagt geblieben. Wer mit 3 Mark und weniger an täglicher Invaliden- oder Unfallrente für seine Familie und sich nicht auszukommen vermag, dem verbleibt als letzte Zuflucht das Armenamt. Ist dann nach wochenlang dauernden Prüfungen seine „Bedürftigkeit" festgestellt, wird er in der glücklichen Lage sein, ein paar Mark täglich mehr zu erhalten.

Die Arbeitsinvaliden und Armenunterstützungsempfänger kommen als produktiv schaffende Glieder der menschlichen Gesellschaft zum größten Teil nicht mehr in Betracht und sind dadurch auch nach der heute noch geltenden Auffassung zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Es liegt die größte menschliche Tragik darin und bezeichnet den jetzigen „Kultur"-stand, daß Menschen, die ein ganzes Lebensalter im Dienste harter Fronarbeit gestanden haben, unsere alten Väter und Mütter, jetzt, wo sie mit ihren Kräften am Ende sind, vor dem Nichts stehen. Sie sind verurteilt, als sogenannte Armenrentner oder Almosenempfänger mit vielleicht 100 bis 200 Mark monatlicher Unterstützung — ihre Renten eingerechnet — langsam zugrunde zu gehen. Die Zahl der staatlich mit mindestens 66⅔ Prozent Erwerbsunfähigkeit anerkannten Zivilinvaliden Deutschlands beträgt mehr als 1½ Millionen, die Gesamtzahl der Sozialrentner 3½ Millionen, dazu kommen die vielen rentenlosen Invaliden, Geburtskrüppel und Armenrentner ohne Sozialrentenanspruch mit rund 1 Million, so daß sich ein Gesamtkreis von 4½ Millionen Menschen ergibt.

Welch eine Fülle von Elend und Not ist in dieser Zahl verzeichnet! Hier tritt uns der Menschheit größter Jammer im schlimmsten Umfange entgegen. Wie winzig klein sind die Beträge, die als Renten und Unterstützungsleistungen ausgeworfen werden. Die Gesamtleistung an Renten und Unterstützungen für diese 4½ Millionen Menschen dürfte 3½ Milliarden Mark jährlich nicht überschreiten, während allein die Reichswehr bei einer Kopfzahl von 100 000 eine Ausgabe von über 5 Milliarden Mark jährlich erfordert.

Was kann und muß geschehen, um die schreiende Notlage all dieser Bedauernswerten zu beseitigen und zunächst wenigstens erträglich zu gestalten? Zeitgemäße Erhöhung der Invaliden- und Unfallrenten und sonstige Beihilfen sind abgelehnt worden, u. a. 500 Millionen Mark im April und 1 Milliarde Mark im Dezember vorigen Jahres. Die Versprechungen, die in der Nationalversammlung den Sozialrentnern gegeben worden sind, die Mittel der Einnahmen der sozialen Ausfuhrabgabe für die Sozialrentner zu verwenden, sind einfach nicht gehalten worden. Die Reichsregierung ließ erklären, daß diese Einnahme für Sozialzwecke, zum Ankauf von ausländischem Brotgetreide, zur Verbilligung des Brotes für alle Kreise verwandt worden sind. Praktisch liegen die Dinge so, daß mit dem Geld, das für die Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen bestimmt war, auch das Brot der Millionäre und anderer bestens gestellter Volksschichten verbilligt worden ist.

Alle Proteste der Organisation der Arbeitsinvaliden, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der U. S. P. D., sind erfolglos geblieben und hier bewahrheitet sich, selbst gegenüber schwer leidenden Menschen, das Wort: „Wer wenig hat, dem wird auch das noch genommen, was er hat", und all dieses konnte nur geschehen, weil diese unglücklichen Volksgenossen am Boden liegen und macht- und wehrlos sind.

Wenn reaktionäre Kreise behaupten, daß wir nicht die Mittel zur Durchführung ausreichender Hilfsmaßnahmen besitzen, um all diese Menschen vor dem langsamen Verhungern zu bewahren, wenn sogar behauptet wird, soviel Geld gäbe es gar nicht, so sprechen sie sich damit ihr eigenes Verdammungs- und Todesurteil. Aufgabe aller wirklichen Volksvertreter wird es in erster Linie sein, dort wegzunehmen, wo zuviel ist und denen zu geben, die zu wenig haben. Ganz

besonders muß daran festgehalten werden, daß die Erträgnisse der Luxus-, Lustbarkeits-, Besitz- und Dividendensteuern auch für Hilfeleistungen gegenüber diesen leidenden und entkräfteten Volksschichten verwendet werden. Es ist selbstverständlich, daß der Besitz und die großen Einkommen in erster Linie zu diesen Leistungen herangezogen werden müssen. Gleichzeitig ist hervorzuheben, daß in einem sozialen Gemeinwesen, die Arbeit aller Gesunden die Trägerin der Fürsorge der Opfer der Arbeit, der Leidenden und Schwachen, Erwerbsunfähigen, Witwen und Waisen sein muß. Bei den Arbeitsleistungen, bei der Produktionserzeugung sind die Unkosten dieser Fürsorge mit hineinzukalkulieren. Das Unsinnige unserer heutigen Wirtschaftsmethode wird grell beleuchtet durch die Tatsache, daß in den Betrieben wohl jährlich große Abschreibungen für Abnutzung von Maschinen, Material usw. erfolgen, für Abnutzung des Menschenmaterials, der menschlichen Kräfte, außer Leistungen von Beiträgen zur Sozial- und Krankenversicherung, sind gesetzlich keine größeren Beträge einzustellen. Und auch die Abstoßung der im Betrieb abgenutzten Kräfte gestaltet sich sehr einfach. Wer alt, grau und im Dienste der Arbeit vorzeitig entkräftet ist, kommt für die Rentabilität eines Betriebes nicht mehr in Betracht, die rettende Krankenkasse hält ihn vielleicht eine Zeitlang noch über Wasser, dann scheidet er aus dem Betrieb, er ist entlassen: „Der Mohr hat seine Pflicht getan, der Mohr kann gehen". Diese Menschen sind hilflos auf die Straße gesetzt; eine gesetzliche Pflichtleistung des früheren Betriebes besteht nicht mehr, nicht einmal Erwerbslosenunterstützung wird diesen Ausgeschiedenen gegeben, weil sie für die Unterbringung auf den freien Arbeitsmarkt nicht mehr in Betracht kommen. Das menschliche Recht auf ausreichende Hilfeleistung steht ihnen zur Seite, leider hat die heutige Gesellschaftsordnung es versäumt, fürsorglich die entsprechende Mittelbeschaffung durch „Abschreibungen", Inrechnungstellung der Abnutzung der menschlichen Kräfte zu sichern.

Unter dem Druck der ungeheueren Not wird die Reichsregierung sich dazu verstehen müssen, Hilfsmaßnahmen zu beschließen. Obwohl bei den Sozialrentnern und Zivilinvaliden von allen Volksschichten immer das größte Elend sich konzentrierte, hat man hier immer zuletzt und dabei in ganz minimalen Grenzen geholfen. Die Reichsregierung hat bisher den Grundsatz verfolgt, die Leistungen in Form von Invaliden-, Alters-, Unfall- und Hinterbliebenen-Renten fast allein nur durch Beitragsleistungen innerhalb dieser Versicherungszweige aufbringen zu lassen. Wir verlangen, daß ein entsprechender Teil der Erträgnisse der Besitz-, Luxus-, Dividenden- usw. -Steuern zur Linderung der Not der Sozialrentner, Invaliden, Witwen und Waisen in Form einer ergänzenden Reichsfürsorge verwandt wird. Das Reich hat in der ergänzenden Fürsorge für diese Kreise völlig versagt und muß jetzt endlich ein anderer Weg beschritten werden. Das veränderte Invaliden-Versicherungsgesetz, das erhöhte Beitragsleistungen ab 1. Oktober vorsieht, dessen Rentenleistungen jedoch nur erst für die Neuinvaliden, für diejenigen, die vielleicht in fünf oder zehn Jahren Invaliden werden, in Betracht kommen, ist durch die neue Teuerungswelle bereits wieder überholt worden. Abzuwarten, bis wieder neue Beiträge und Leistungen in der Invaliden- oder Unfallversicherung vom Reichstag festgesetzt sind, ist unmöglich. Rasches Handeln ist jetzt eine gebieterische, soziale Pflicht und muß automatisch eine mindest 100prozentige Erhöhung der Invaliden-, Alters-, Unfall-, Knappschafts- und Hinterbliebenenrenten aus allgemeinen Reichsmitteln erfolgen. Nur durch diesen Schritt der Tat kommen wir vorwärts, alles Paktieren und langes Verhandeln ist zwecklos. Es muß einmal gezeigt werden, daß die leitenden Volkskreise sich auch einmal derer erinnern, die stets zu den vergessenen und entrechteten Volksgenossen gehörten.

Die Belastung des Reiches durch einen jährlichen Betrag von ungefähr 2½ Milliarden Mark wird im Interesse dieser Kreise mit einem raschen Entschluß schmerzlos durchzuführen sein. Auf der anderen Seite wird die gleiche soziale Verpflichtung für die Gemeindeverwaltungen vorliegen, auch in ihrem Bereich die bisher gewährten Armenunterstützungssätze um mindestens 100 Proz. zu erhöhen. Auch die einzelnen Länder werden zu ihrem Teil helfen können, und sei an das Beispiel des Freistaates Sachsen erinnert, dessen Volkskammer den Betrag von 25 Millionen Mark als einmalige Beihilfe den Arbeits- und Zivilinvaliden und Hinterbliebenen bewilligte.

Außerdem wird das Problem der Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte intensiv in Angriff genommen werden müssen. Das Reich hat auf diesem Gebiet bisher nichts getan. Der Beschluß des Reichstages auf Grund des Antrages des Volkswirtschaftlichen Ausschusses vom 7. Juli d. J. Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit Hilfe der Länder und Gemeinden auch für Werkstätten der Zivilrentenempfänger zu verwenden, liegt noch zur weiteren Ausführung dem Reichsarbeitsministerium vor. Auch hier ist es notwendig, daß einmal ein rascheres Tempo im Interesse dieser Unglücklichen eingeschlagen wird, denn auch die noch teilweise erwerbsfähigen Invaliden wollen in erster Linie gar keine Almosen oder Unterstützungen, sie verlangen die Zuweisung von passender Arbeit, entsprechend ihren Fähigkeiten, denn auch sie, soweit sie noch im besten Menschenalter stehen und ihr Lebensabend nicht gekommen ist, sind bestrebt, ihre kulturellen Pflichten durch Arbeitsleistungen im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.

Schutzpolizei und Entente

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Am gestrigen Mittwoch fand im preußischen Ministerium des Innern eine Besprechung mit den Vertretern sämtlicher Polizeiverbände des Reiches und Preußens über die letzte Note des Vierverbandes statt, die einen Gegenstand schwerer Beunruhigung der beteiligten Beamtenschaft bildet. Diese hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß Reich und Staat einer starken Polizei bedürfen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, zugunsten des Wiederaufbaus des Landes und zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen des Friedensvertrages. Nur diesen, nicht militärischen Zielen, ist die jetzige Polizei zu dienen bestimmt. Jeder Eingriff in ihre Organisation würde ihre Zerschlagung bedeuten, die Beamtenschaft aufs schwerste schädigen und Reich und Staat ihrer festen Stützen berauben.

Wir haben bereits in unserer Dienstagabendausgabe zu der Note der Entente Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß die straff militärische Organisation der Schupo den Anlaß zu den neuen Vorstellungen der Entente gegeben hat. Daß ausgerechnet dieser militärische Drill die feste Stütze für Reich und Staat gewährleistet, ist wohl nur die Ansicht der daran interessierten Kreise, die sich im preußischen Ministerium des Innern ein Stelldichein gegeben haben. Wir möchten sehr bezweifeln, ob die Mannschaften durch eine Aenderung der rein militärischen Organisation aufs schwerste beunruhigt sind. Das trifft wohl in erster Linie für die Offiziere zu, die nun einmal dem Militarismus und seinem Drum-und-Dran nicht entsagen können. Wenn ihnen das Handwerk gelegt wird, und die Polizei sich wieder mehr als bisher dem bürgerlichen Leben einordnet, so kann das für die Allgemeinheit nur von Nutzen sein.

Die positive Mitarbeit der Industrie

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Der Reichsverband der deutschen Industrie begann am Mittwoch im Deutschen Theater zu München seine Hauptversammlung. Die Vertreter der Industrie benutzten die Gelegenheit, um ihre Meinung zu den schwebenden wirtschaftlichen und politischen Problemen zu sagen, wodurch die Versammlung ihre besondere Bedeutung bekommt.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes, Dr. Sorge, hielt die Eröffnungsrede. Er begann mit einer Erwähnung des

Unglücks von Oppau

und die Versammlung erhob sich, wie es im Bericht heißt, zu Ehren der Opfer von den Plätzen.

Sorge erklärte dann, daß sich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Industrie zu einer einheitlichen Spitzenorganisation unter kräftiger Führung erwiesen habe. Gewisse Grundlagen für das gesamte Wirtschaftsleben seien gemeinsam festzusetzen. Bei der Beurteilung aller wirtschaftlichen Fragen dürften aber nur sachliche Momente und große Gesichtspunkte mitsprechen, wenn ein einheitliches Vorgehen verwirklicht werden soll. Sorge fordert, daß der einzelne seine **Sonderinteressen hinter die lebenswichtigen Interessen der Industrie zurückstelle.** Uebergehend zur Behandlung der gegenwärtig brennenden finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen erklärte der Redner nach dem Bericht folgendes:

Es sei bedauerlich, daß das von der Industrie freiwillig übernommene oder angebotene Opfer nicht als solches anerkannt werde. Hinsichtlich der

Erfüllung des Ultimatums

sei der Reichsverband der deutschen Industrie bereit, **positiv an dem Versuche mitzuarbeiten, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen,** trotz der Ueberzeugung, daß die auferlegten Lasten nicht getragen werden können, wenn Deutschland nicht zusammenbrechen soll. Die Durchführung des Gedankens der Mitarbeit habe auch den Gedanken an die **Aufnahme einer privaten Goldanleihe im Auslande** durch Inanspruchnahme des Kredits der ganzen deutschen Wirtschaft aufkommen lassen, um die Erfüllung der Wiederherstellungsverpflichtungen auf Jahre hinaus zu gewährleisten und sie **vom Devisenmarkt unabhängig zu machen. Die Industrie sei bereit, ihren ausländischen Kredit für die Zwecke des Reiches nutzbar zu machen,** wenn sich daran auch Landwirtschaft, Banken, Handel usw. beteiligen und wenn die Regierung alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern.

Sorge forderte weiter die

Ordnung des für die Erfüllung des Friedensdiktates notwendigen Etats.

Eine durchgreifende Finanzreform müsse sich, sagte er, vor allem auf die Ausgabewirtschaft des Reiches erstrecken.

Ueber die Einnahmewirtschaft und über Form und Umfang der Heranziehung der Industrie zu den Einnahmen schwieg er. Das oben erwähnte „Opfer" der Industrie kann aber allenfalls als außerordentliche Leistung, aber nicht als ordentliche Steuerleistung der Industrie gewertet werden. Jenes „Opfer" kann eine ordentliche und regelmäßige gesetzliche Steuerleistung auch nicht ersetzen. Eine solche aber ist zur Ordnung des Etats notwendig, und zwar eine Leistung von beträchtlicher Höhe. Dazu hatte Herr Sorge nichts zu sagen. Er begnügte sich damit, die Bereitwilligkeit der Industrie zur „positiven Mitarbeit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" zu erklären, ein Versprechen, das durch häufige Wiederholung und durch das Ausbleiben seiner praktischen Verwirklichung bereits zu einer toten und unglaubwürdigen Formel geworden ist.

Sorge fügte noch hinzu, die Voraussetzung für die positive Mitarbeit sei, daß sich die Volksgesamtheit in Zukunft fester als bisher zusammenschließe. Anscheinend unter Führung der in München versammelten Herren, also der Deutschen Volkspartei.

Nachdem Sorge geendet hatte, begrüßte der neue bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld die Versammlung. Dieses erste Erscheinen des Mannes auf der Bildfläche der Oeffentlichkeit ruft bereits die Begeisterung der bürgerlichen Presse hervor. Graf Lerchenfeld habe sich durch sicheres und vornehmes Auftreten ausgezeichnet und seine Natürlichkeit habe einen besonderen Eindruck hervorgerufen.

Nach ihm sprach der Wiederaufbauminister des Reiches,

Dr. Rathenau

Er gab zunächst der Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Spannung zwischen dem Reiche und Bayern gehoben sei. Dr. Rathenau erklärte, man habe oft die Legende verbreitet, daß er in seiner großen Reichstagsrede seinerzeit gesagt habe, wir könnten **alles bezahlen, was wir versprochen haben.** Er habe aber im Gegenteil in dieser Rede der deutschen Leistungsfähigkeit sehr scharfe Grenzen gezogen. Das Wort, wir können nicht zahlen, werde uns von der Gegenseite heute so ausgelegt, als wollten wir nicht zahlen. Die Unmöglichkeit, alle Forderungen zu erfüllen, sei aber nicht eine deutsche, sondern eine **weltwirtschaftliche Unmöglichkeit.** Dr. Rathenau sprach dann weiter über seine

Verhandlungen mit dem französischen Minister Loucheur

und bemerkte, Frankreichs Wiederaufbau liege noch sehr zurück. Die französische Industrie werde zu ihrem Aufbau die deutsche Industrie zu Hilfe nehmen müssen. Die Verhandlungen seien noch lange nicht abgeschlossen. Er stelle sich die Sache so vor, daß die Franzosen sagen sollen, was sie brauchen und wir, was wir geben können. Dazu gehört eine Organisation, die sich zusammensetzt aus allen Fachverbänden und in der die Ersuchen und Anforderungen für Reparationszwecke zusammenlaufen. An dieser Zentrale müßten auch die Länder, die Industrien, die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer beteiligt sein.

Im Laufe seiner Ausführungen kam Dr. Rathenau auch auf die Schwierigkeiten zu sprechen, welche das Reich bei den Gold- und Devisenankäufen für Reparationszwecke gehabt hat und erklärte, dies habe zu der Ueberzeugung führen müssen, daß die Reparation **lediglich durch Sachleistungen** bewerkstelligt werden könne.

Nach einer belanglosen Rede Dr. Büchers machte Baurat **Riepert,** Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses beim Reichsverband der deutschen Industrie, Ausführungen über die

Stellung der Industrie zu der Frage der Sachleistungen zur Reparation.

Es liege gar keine Veranlassung für Zwangsorganisationen vor, da ja bei Angeboten in Höhe von über 14 Milliarden mit vieler Mühe nur eine **Auftragserteilung von 700 Millionen** stattgefunden habe. Auf diese mangelnden Aufträge führt Redner auch alle Auseinandersetzungen, die über die Unzulänglichkeit bei der Behandlung der Lieferungen sich ergeben haben, zurück. Der Redner betonte, daß die Industrie sich keine großen Vorteile von den Staatsverträgen versprechen kann, sondern starke erneute Einengungen des Spielraumes der Einzelunternehmungen befürchtet. Im übrigen müsse bei der Stellungnahme der geschäftliche Standpunkt des einzelnen selbstverständlich zurücktreten vor den Staatsnotwendigkeiten.

Von der „Einengung des Spielraumes der Einzelunternehmungen" befürchten die Herren natürlich eine Einengung der Profitmöglichkeiten. Sie wollen sich aber nicht die Möglichkeit versperren lassen, auch an den Sachlieferungen erheblich zu verdienen. Auch damit hat Herr Riepert keine Neuigkeit mitgeteilt, wie denn überhaupt die wichtigeren Aussprachen der Herren nicht öffentlich, sondern in den geheimen Sitzungen gehalten werden dürften.

Der Stich in die Eiterbeule

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik, den die Unabhängige Reichstagsfraktion eingebracht hat, hat ein Wutgeheul auf der Rechten ausgelöst. Die „Deutsche Zeitung" nennt ihn einen „ungeheuerlichen Eingriff" in die durch die Reichsverfassung gewährleisteten Bürgerrechte, der der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor öffnet und bezeichnet ihn weiter als ein „Klassengesetz übelster Prägung". Auch die „Deutsche Tageszeitung" ist mit einem Male Hüter der Verfassung und der Meinungsfreiheit geworden. Sie meint: „Ob damit der Grundsatz der Verfassung, daß jeder Deutsche in der Bekundung seiner politischen Gesinnung volle Freiheit genießen soll, verletzt wird, das scheint den Verfassungsschützern ziemlich gleichgültig zu sein." Die Deutschnationalen und Meinungsfreiheit! Wo ist sie in der Praxis? Hat schon einer jener Herren jemals daran gedacht, freiwillig Meinungsfreiheit zuzugestehen? Sie ist doch immer nur ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse gerade gegen jene Kreise gewesen, die der „Deutschen Tageszeitung" nahestehen.

Während das „Berliner Tageblatt" erklärt, daß über diese Anträge im einzelnen noch zu sprechen sein wird, vertritt ein anderes „demokratisches" Organ die Meinung der Deutschnationalen. „Es bedarf nicht vieler Worte darüber, daß dieser Entwurf rechts von den Unabhängigen keine Unterstützung finden wird. Er dient wohl hauptsächlich agitatorischen Zwecken." So zu lesen in der „Vossischen Zeitung".

Die Gefährdung der Stickstofferzeugung

Trotzdem Verhinderung der Einfuhr

Die Genossen Breitscheid und Hertz haben im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht:

Durch das furchtbare Explosionsunglück in der Badischen Anilinfabrik in Oppau ist die Gefahr entstanden, daß wenigstens für einige Monate die deutsche Erzeugung an Stickstoffdüngemitteln den Bedarf der Landwirtschaft nicht zu decken vermag. Um die dadurch entstehende Gefährdung der heimischen Lebensmittelernte zu verhindern, wird die Einfuhr von Chilisalpeter zu erschwinglichen Preisen notwendig sein.

Auf dem Weltmarkt ist ein großes Angebot zu fallenden Preisen vorhanden. Dem steht aber die Tatsache gegenüber, daß das deutsche Stickstoff-Syndikat in einer Besprechung mit den Chilisalpeter-Produzenten und den englischen Ammoniakproduzenten, die am 28. Juni in Rotterdam stattfand, sich bereit erklärt hat, bis Ende 1921 seine Produkte dem Auslande weder anzubieten, noch auszuführen, und seine Werke nicht weiter zu vergrößern, unter der Voraussetzung, daß die Welt-Stickstoffproduzenten sich über einen angemessenen Weltmarktpreis verständigen und daß eine eventuelle Einfuhr von Chilisalpeter nach Deutschland nur zu Weltmarktpreisen stattfände. Das deutsche Stickstoffsyndikat hat ferner dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, bei der Einfuhr von Chilisalpeter dürfe

1. kein Dumping eintreten, d. h. der einzuführende Salpeter dürfe nicht unter dem deutschen Inlandspreise zum Verkauf kommen;
2. müsse Vorsorge getroffen werden, daß die deutsche Stickstoffindustrie rechtzeitig über die eingeführten oder einzuführenden Mengen von Salpeter unterrichtet wird;
3. müsse dem Stickstoffsyndikat gestattet sein, im Falle der Einfuhr von Chilisalpeter eine gleich große Menge an Stickstoff zur Ausfuhr zu bringen;
4. dürfe auf eventuelle Uebergewinne aus der Ausfuhr ein staatlicher Zugriff nicht stattfinden.

Was hat die Reichsregierung getan, um diese künstliche Hochhaltung der Preise für eines der wichtigsten Düngemittel zu verhindern? Und was gedenkt sie zu tun, um zu verhindern, daß der Preis von Chilisalpeter, falls seine Einfuhr nötig wird, durch solche Preisvereinbarungen künstlich hochgetrieben wird? Und hat sie die Absicht, bei der Einfuhr von Chilisalpeter die gleiche Menge Stickstoff zur Ausfuhr zuzulassen?

Der Ehrenobermeister

Nahardt verhaftet

Der Präsident der Berliner Handwerkskammer, **Ehrenobermeister Karl Nahardt,** ist am Montag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft I in Elbing verhaftet worden. Seine Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht des Meineids und des gemeinschaftlichen Betruges. Zu gleicher Zeit wurden in Berlin der Handwerkskammersekretär Hoffmann und noch einige andere Personen festgenommen, die im Zusammenhang mit der Angelegenheit des Präsidenten stehen. Karl Nahardt ist in der vorigen Woche von seinem Posten als Präsident der Handwerkskammer auf Drängen der Selbstverwaltungsorgane zurückgetreten. Seinerzeit wurden gegen ihn von der Wirtschaftspartei schwere Anschuldigungen erhoben, die die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen ihn veranlaßt haben. Ueber die Namen der anderen Verhafteten wird vorläufig Schweigen beobachtet. Es sollen noch weitere Verhaftungen in der gleichen Sache bevorstehen.

Herr Nahardt ist einer der namhaftesten Führer der Bewegung des Kleinhandwerks gewesen, die auf die Aufwärmung aller Innungsgesetze hinzielte, unter deren Schutz sich die Ausbeutung der Arbeiterschaft vorteilhafter betreiben läßt. Gegenüber der Arbeiterbewegung zeichnete sich der Ehrenobermeister der Berliner Tischlerinnung als einer der giftigsten Scharfmacher aus. Bei allen Aussperrungen war er Mann an der Spritze.

Eugen Dühring gestorben. Dühring, der durch Engels Streitschrift gegen ihn bekannt gewordene Gelehrte, ist, wie erst jetzt bekannt wird, am 2. September gestorben. Wir werden seine Bedeutung in unserer nächsten Ausgabe würdigen.

Oppau vor dem Reichstag

Nachdem der Reichstag vorgestern mit einer kurzen Sitzung seine Tagung eröffnet hatte, begann er gestern, sich ernsthaft seinen Aufgaben zu widmen. Nach dem üblichen belanglosen Vorspiel geschäftlicher Angelegenheiten wurde das Gesetz über die Teuerungszulagen der Beamten in erster und zweiter Lesung angenommen. Sämtliche Redner erklärten die Zulagen für zu gering. Aber man weiß ja, was von diesen Versicherungen der Bourgeoisie zu halten ist. Sie sind platonisch gegeben unter der Voraussetzung, daß die Versichernden nicht beim Wort genommen werden. Genossin Zietz, bemängelte besonders, daß allen Beamten eine prozentual gleiche Zulage gezahlt werden soll. Sie weist auf die größere Bedrängnis der unteren Beamten hin und wünscht ihre Berücksichtigung durch größere Zuwendungen, als die den höheren Beamten gewährten. Unsere Fraktion stimmte dem Gesetz zu, da im Augenblick weitergehende Ansprüche aussichtslos sind.

Der Rechtssozialist Brey begründete sodann eine Interpellation seiner Fraktion über das Unglück von Oppau. Er forderte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um bei der Untersuchung über die Ursachen des Unglücks nicht auf die interessierten Gutachten der Industrie angewiesen zu sein. Seine Ausführungen wurden wirkungsvoll ergänzt durch die Rede unseres Genossen Schwarz, nachdem der Arbeitsminister Dr. Brauns im wesentlichen Bekanntes wiederholt hatte. Genosse Schwarz brachte neues Material bei, das die Schuldlosigkeit der geschwätzigen Werkleitung doch nicht über jeden Zweifel erhaben sein läßt. Aus eigener Anschauung schilderte er das widerliche Verhalten der Bourgeoisie in Oppau, für die das furchtbare Unglück ein Anlaß zu Wohltätigkeitsfesten ist, und für deren Damen die neue Sensation gerade gut genug ist, um in Automobilen heranzufahren und die Opfer der Arbeit zu lorgnettieren. Des weiteren begründete er unseren Antrag, der bereits in der „Freiheit" mitgeteilt ist und bekanntlich gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen fordert. Der Kommunist Remmele schloß sich den Darlegungen im selben Sinne an.

Die bürgerlichen Redner, einschließlich des Ministers, flossen über von Mitgefühl. Man hörte von der hingebenden Opferwilligkeit der Arbeiter, die ihr Leben für ihre Kameraden ohne Zögern wagten, man hörte von der Unterstützungsaktion der Anilin-Fabrik, man hörte sehr wissenschaftliche Dinge, die die Schuldlosigkeit der Leitung beweisen sollen — aber man hörte nichts von dem Willen zu gesetzlicher Linderung des entstandenen Jammers.

Der Antrag auf gesetzliche Maßnahmen wurde schließlich dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unter Hinzuziehung von Arbeitern und Fachleuten wurde angenommen.

•

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am Freitag statt. Auf ihrer Tagesordnung stehen die Interpellationen unserer Fraktion und der Deutschnationalen über die Verordnung des Reichspräsidenten, ferner der von uns gestellte Antrag eines Gesetzes zum Schutz der Republik. Es wird dabei die ganze bayerische Frage erörtert werden.

Sitzungsbericht

Mittwoch, 28. September.

Die Sitzung wird 2 Uhr 15 Min. durch den Präsidenten **Löbe** eröffnet, der unter anderem Geschäftlichen eingangs die Mitteilung macht, daß der kommunistische Abgeordnete **Remmele** Beschwerde wegen einer bei ihm vorgenommenen Haussuchung führt. Der Präsident schlägt vor, die Beschwerde dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß. Der Antrag der Kommunisten, die Strafhaft des kommunistischen Abgeordneten **Thomas** aufzuheben, wird ebenfalls dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Zu dem Gesetzentwurf betr. **Abweichung vom Biersteuergesetz**, durch den eine allzu große Inanspruchnahme von Brotgetreide für Brauzwecke dadurch vorgebeugt werden soll, daß bei der Verwendung von Ersatzstoffen Steuererleichterungen gewährt werden, verlangt

Abg. **Dauer** (B. Vp.) Ablehnung. Die Annahme würde Volksbetrug bedeuten. Das Bier sei ein Nahrungsmittel, namentlich für Arbeiter, das man unter allen Umständen rein erhalten müsse. (Bravo! b. d. Vp.)

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ohne Debatte erledigt wird auch die Mitteilung des Rechnungshofes zur Haushaltsrechnung 1915. Bei der Nachprüfung hatten sich einige Eintragungen auf unrichtige Konten herausgestellt.

Zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung,

Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz,

die nur redaktioneller Natur sind, gibt Abg. **Steinkopf** (S. P. D.) namens seiner Fraktion eine Erklärung gegen die automatische Erhöhung der Besoldungsbezüge ab.

Abg. **Luise Zietz** (U. S. P.): Wir haben mit Befriedigung wahrgenommen, daß diesmal die Regierung die Initiative ergriffen hatte, um die Erhöhung der Beamtenbezüge herbeizuführen. Aber wir halten die in der Vorlage vorgesehenen Bezüge durchaus nicht für ausreichend. Man scheint bei der Festsetzung der Bezüge wiederum nicht daran gedacht zu haben, daß 25 Prozent bei einem Gehalt von 20 000 Mark eine ganz andere Summe ergeben, als 25 Prozent auf 4000 bis 5000 Mark. Schon bei der letzten Teuerungszulage erhielten die Beamten der oberen Gehaltsklassen **ganz bedeutend höhere Beträge als die der unteren.** Die Spannung zwischen den Bezügen der unteren und der oberen Gehaltsklassen wird auf diese Weise immer größer, immer ungleicher und unsozialer. Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Differenz in der Bewertung der Leistungen der Beamten nicht so groß ist, **und daß man bei Teuerungszulagen für alle Beamten die gleiche Summe gewähren muß.** Ich gebe zu, daß die Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen verringert worden ist, und auch die Spannung zwischen den Kinderzulagen ein klein wenig geringer wurde. Aber man ist leider nicht dazu übergegangen, die viel größere Spannung zwischen den Gehaltsklassen zu beseitigen. Die Organisationsvertreter haben sich bei den Verhandlungen auf unseren Standpunkt gestellt. Auch sie haben mit größtem Nachdruck die von uns erhobene Forderung, gleiche Zulagen für alle Beamten, erhoben. Leider vergebens. Ich bin der Meinung, daß es die erste Pflicht der Regierung ist, wenigstens das Existenzminimum zu sichern. Wir erwarten, daß die Regierung in Bälde eine neue Vorlage bringt, die der großen Notlage der unteren Beamten, der Angestellten und Arbeiter gerecht wird. Bei den Verhandlungen wurde den Vertretern der Fraktionen gesagt, daß die Erhöhung der Bezüge auf die Pensionäre, Hinterbliebenen und Arbeitslosen automatisch übertragen würden. In dem Entwurf ist aber von den Arbeitslosen gar nicht die Rede. Wir verlangen, daß das, was uns versprochen wurde, auch gehalten wird. (Bravo bei den U. S.)

Abg. **Bartz** (K. P.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Klassenunterschiede innerhalb der Beamtenschaft beseitigt werden müssen und die weiblichen Beamten und Angestellten die gleiche Besoldung wie die männlichen erhalten sollen. Wir lehnen die Vorlage ab.

Hierauf wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die Explosionskatastrophe in Oppau

Von den Rechtssozialisten wird in einer Interpellation gefordert, festzustellen, **welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann,** und ferner den Geschädigten ohne jede Verzögerung aus öffentlichen Mitteln zunächst eine erste Hilfe zu leisten. — Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beantragt, **ein Notgesetz zur Unterstützung der Opfer und deren Hinterbliebenen zu schaffen und die Unfallrenten allgemein zu erhöhen.** Sie fordert weiter die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Abg. **Brey** (S. P. D.) gibt zunächst einen Ueberblick über den Umfang der Katastrophe und die Opfer, die sie gefordert hat. Nach menschlichem Ermessen muß der Gedanke eines Verbrechens, der auch ausgesprochen war, völlig ausscheiden. Wer das Trümmerfeld, die Wüsten der Zerstörung nicht gesehen hat, macht sich keine Vorstellung von der furchtbaren Wirkung der Explosion. **Die Arbeiter haben seit langem eine schwere Katastrophe befürchtet.** Den Nachtschichtlern, die durch ihren Feierabend dem Tode entronnen sind, fiel die gelbliche Farbe des Materials auf. Auch die Wärme des Metalls in dem Silo war ihnen höchst bedenklich erschienen. Es handelte sich nicht um Fabrikationswärme. Die Arbeiter sehen hier die Quelle der Explosion durch Selbstentzündung. Im Silo stieg die Temperatur oft auf 50—60 Grad. Auch darin erblicken die Arbeiter ein Zeichen, daß mit der Hitzeentwicklung als Gefahrenquelle gerechnet werden mußte. Von Maßnahmen zur Abwehr der hieraus sich ergebenden Explosionsgefahr ist mir nichts mitgeteilt worden. Es haben sich auch zu Zeiten Gase entwickelt, auch darin erblicken die Arbeiter Vorboten der Katastrophe. Die Arbeit wurde einer betriebsfremden Firma im Akkord übergeben. Die Arbeiter sind der festen Ueberzeugung, **daß durch die überhastete Arbeit das Unglück eintreten mußte.** Unsere Partei fordert, daß die Ursachen des Unglücks aufgedeckt werden. Die Lager dieser Explosivstoffe müssen ersoffen werden, wenn die Gefahr einer erneuten Katastrophe droht.

Ein solches Unglück darf sich nicht wieder der Menschheit nahen.

Die Hilfe für die Opfer ist zugesagt worden von dem Reichspräsidenten. Wir hoffen, daß sie auch ausgeführt wird. Die Hilfe darf **sich nicht beschränken auf die Oppauer Opfer, sondern muß das erfüllen, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Forderung aufgestellt hat.**

Reichsarbeitsminister Brauns: Beim Bekanntwerden des Oppauer Unglücks hat sich die Reichsregierung sofort und eingehend mit den Maßnahmen befaßt, die zur Hilfe getroffen werden müssen. Ich habe mich zur Feststellung der Ursachen des Unglücks nach Oppau begeben. Der Umfang der Katastrophe steht noch immer nicht fest, es ist auch trotz anstrengendster Arbeit noch nicht gelungen, alle Toten zu bergen. Man muß damit rechnen, daß die Arbeiter in unmittelbarer Nähe der Explosion überhaupt **nicht mehr aufgefunden werden.** Das Werk hat einen jetzt mit Wasser gefüllten Trichter Plan gemacht. Die Beseitigung der Trümmer allein wird mehrere Millionen Mark erfordern. Man hat mit Ammoniumsulfatsalpeter Explosivversuche in kleinem Maßstabe gemacht, man ist zu einem negativen Ergebnis gekommen. Bei festem Verschluß in Eisen, jedoch ist Explosivkraft vorhanden. In Oppau wird dieses Düngemittel nicht wiederhergestellt werden, sondern ein gänzlich ungefährliches, für die Landwirtschaft ebenso wertvolles Präparat.

Ich werde es bei den bisherigen Feststellungen nicht bewenden lassen,

sondern die Untersuchungen fortführen.

Von den Kommunisten und Sozialdemokraten sind zwei Anträge eingegangen bezüglich des Oppauer Unglücks, die mit der Interpellation verbunden werden.

Abg. **Semler** (Dtnl.): Ein großer Teil dessen, was hier gefordert wird, muß als überflüssig zurückgewiesen werden, **denn in chemischen Betrieben ist ein vollkommener Schutz der Arbeiter unmöglich. Sie stehen jede Stunde dem Tode gegenüber.**

Abg. Schwarz-Baden (USP.):

Ich darf wohl betonen, daß auch unsere Partei den Opfern schmerzliches Mitgefühl entgegenbringt. Neben dem Schmerz lohte aber auch bei der Bekanntmachung der Oppauer Katastrophe ein Zorn in uns auf, weil sie nicht nur im Dienste der Arbeit, sondern im Dienste des Kapitals gefallen sind. Die Pflicht zur Arbeit besteht, die Pflicht zur Arbeit wird gerade in diesen Betrieben dazu gebraucht, um die Arbeitskraft in höchstem Maße auszubeuten und möglichst hohen Gewinn herauszuschinden. Daß Arbeiter verunglückten, ist ja etwas Alltägliches. Man findet sich schon damit ab, weil man auf dem Standpunkt steht, daß solche Opfer zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehören. Bei dieser Katastrophe hat es sich gezeigt, daß weit über die Kreise der Arbeiter hinaus die Empörung über ein solches Unglück aufgeloht ist.

Ueber 400 Tote, Hunderte Schwerverletzter, 50 Erblindete, 170 Vermißte, Hunderte von Witwen und Waisen, das sind Zahlen, die eine furchtbare Sprache reden.

Oppau selbst ein Trümmerhaufen. Es ist erklärlich, wenn jetzt alles nach der Ursache des großen Unglücks fragt. Wir wissen, daß man nicht subjektiv eine Person für die Katastrophe verantwortlich machen kann, obwohl nach den Ausführungen des Kollegen Brey feststeht, daß im Arbeitsprozeß sich verschiedene Unstimmigkeiten ergaben. Veränderung der Farbe des Materials, Warmwerden des unberührten Materials, Gasschwaden, die Uebelkeit hervorriefen. **Dazu kam das Prämiensystem und Akkordvergebung der Sprengung an einen außenstehenden Unternehmer.** Zur Beruhigung der Bevölkerung kann es auch durchaus nicht beitragen, wenn wir hören, daß noch 8000 Tonnen des Stoffes, der hier zur Explosion kam, in Silos liegen. Wir schließen uns den Forderungen des A. D. G. B. an, die auf eine Außerbetriebsetzung der Fabrikation bis zur restlosen Klärung hinauslaufen, ebenso den sonstigen dort aufgestellten Forderungen.

Der Arbeitsminister Brauns teilte mit, daß die Firma dieses explosionsgefährliche Produkt nicht mehr herstellt, dafür ein ungefährliches einführen wolle. Wir müssen jedoch feststellen, **daß auch das bisherige Produkt als ungefährlich bezeichnet wurde.** Wir verlangen daher, daß auch das neue Produkt, das nun zur Fabrikation kommen soll, in weitgehendstem Maße ausprobiert wird, um so mehr, als Herr Generaldirektor Bosch erklärte: Die neuen Aufgaben, die der Fabrik harren, sind schwer und gefahrenvoll, sie müssen aber erfüllt werden. Auch die immer mehr zunehmende Antreiberei im Arbeitsprozeß hat sehr viel zu dem Unglück beigetragen. Weiterhin kommt in Betracht, daß der Stoff, der früher in kühlem Zustande an der Verarbeitungsstelle anlangte, jetzt mittels Spritzverfahrens hingeschafft wird. Er wird durch Glasröhren geleitet, die durch Gasflammen dauernd in hoher Temperatur gehalten werden. Bei der Entleerung entwickeln sich daher noch Gasdämpfe. Die Direktion bestreitet, daß sie mit tausend Atmosphären Druck gearbeitet habe. Das behauptet niemand. Aber Tatsache ist, daß in den Zeitungen Mannheims ohne Widerrede dargestellt wurde, daß immer höhere Atmosphärenspannung bis zu 1000 Atmosphären durch Versuche erreicht werden sollten. **Die Arbeiter des Werkes wiesen schon seit langem darauf hin,**

daß eines schönen Tages ganz Oppau in die Luft fliegen werde

infolge der Pfuscharbeit, die durch die Antreiberei entstand. Eine Woche vorher wurden Bauarbeiter mit den Worten: „Diese Woche muß die Reparatur noch fertig werden" zur intensivsten Arbeit angetrieben.

Während nun die Arbeiter **die Rettungsarbeiten vollbrachten,** gab es Leute, die, ausgerüstet mit Lorgnetten usw., im Auto angefahren kamen, um das Unglück als große Sensation **zu genießen. Filmoperateure und Photographen belästigten die** in Verzweiflung befindliche Bevölkerung. In Mannheim, das auch von dem Unglück mitbetroffen wurde, gibt es Unternehmer, die, weil ihre Betriebe etwas gelitten haben, die Gelegenheit benutzen, **ihre Arbeiter vollends auf die Straße zu setzen,** weil ihr Profit in der letzten Zeit nicht die Höhe hatte, die sie nun für nötig hielten. Während alle Parteizeitungen sehr zurückhaltend waren in der Beurteilung der Schuldfrage, fiel es um so unangenehmer auf, daß die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik nach dem Unglück und noch bis heute versucht, durch zahlreiche Kundgebungen sich als unschuldig hinzustellen. Wir sprechen dabei nicht von einer subjektiven Schuld. Bei der Trauerfeier, an der hunderttausend Menschen teilnahmen, wurde in einem großen Teile der Reden nur noch von unerforschlichen Ursachen gesprochen. **Damit können wir uns und auch die Bevölkerung des betroffenen Gebietes nicht abfinden lassen,** um so weniger, da heute durch den Kollegen Brey festgestellt wurde, daß die ihm gemachten Mitteilungen im Widerspruch mit denen der Direktion stehen.

Soll den Oppauer Opfern geholfen werden, so **müssen auch die** sozialen gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne umgebaut werden, wie es unser Antrag verlangt. **Es muß hier** unter allen Umständen der Geldentwertung Rechnung getragen werden. Nur dann, wenn für alle Opfer der Industrie ausreichende Unterstützungssummen festgelegt werden, ist wirkliche Hilfe gegeben, während sonst die Opfer der Industrie zum großen Teil auf Wohlfahrten angewiesen sind. **Es ist zu bedenken, daß es 7000 Unfallrentner gibt, sogenannte Neurentner, die 650 M. Rente erhalten.** Bei einer Gesamtzahl von einer Million Unfallrentner. Durchschnittlich erhalten diese Rentner 200 M. pro Monat mit allen Zulagen. Und sie sinken bis unter 50 M. Die 2000 Mark, die die Anilinfabrik ihren Arbeitern und den Hinterbliebenen gegeben hat, ist nichts anderes als Geld, **das die Arbeiter selbst verdient haben.** Wir verlangen, daß durch **gesetzliche** Maßnahmen hinreichende Unterstützungssätze garantiert **werden.**

Denn nur dann ist es möglich, den Opfern der grauenhaften Katastrophe nicht nur Almosen, sondern wirklich ausreichende Unterstützung zu geben. (Bravo bei den U. S.)

Abg. Remmele (Komm.): **Was wir den Toten schuldig sind,** ist, daß wir die Ursachen und die Schuldigen der Katastrophe aufspüren. Die Unternehmerschaft der chemischen Industrie ist in erster Linie zum Ersatz der Schäden heranzuziehen.

Hierauf folgen die Abstimmungen. **Der Antrag unserer Partei, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wird angenommen. Die Anträge auf Schaffung eines Notgesetzes werden dem 6. Ausschuß überwiesen.**

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr: **Kleine Vorlagen, Friedensvertrag mit Amerika, Lancen-Debatte.**

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

Amtlich wird mitgeteilt: Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien entsteht der Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund sieben Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat heute dem Vorschlag der Reichseisenbahnverwaltung zugestimmt, zur Deckung dieser Kosten eine Tariferhöhung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr zum 1. November, für den Expreßgut- und Personenverkehr zum 1. Dezember durchgeführt werden. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, daß vorbereitende Arbeiten zu der Prüfung bereits eingeleitet seien.

Warenhausbrand in Paris

Paris, 28. September.

Das große Warenhaus Printemps auf dem Boulevard Haußmann steht seit heute vormittag in Flammen. Alle Pariser Feuerwehren sind an der Brandstätte tätig.

Der Brand im Neubau des Warenhauses Printemps, der an der Ecke des Boulevard Haußmann gelegen ist, griff bald auf das ganze Gebäude über, **und um 9 Uhr vormittags stürzte die Front ein.** Es gelang der Feuerwehr, den alten Bau zu schützen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. **Der Brand soll infolge Kurzschlusses entstanden sein.**

•

Wenn der ganze gewaltige Häuserblock am Boulevard Haußmann, in dem das Warenhaus „Printemps" gelegen ist, in Flammen steht, so wäre das eine Brandkatastrophe, wie sie selbst in Millionenstädten zu den Seltenheiten gehört. Der „Printemps" war vor dem Kriege — neben dem „Bon Marché" und den „Louvre" — das bekannteste und besuchteste aller Pariser Warenhäuser. Es entstand zu einer Zeit, als man in Deutschland Waren- und Kaufhäuser von derartigem Umfange noch gar nicht kannte. Der „Printemps" galt lange Zeit als eine Sehenswürdigkeit von Paris, weil man dort alles kaufen konnte, vom Stiefel bis zur Badekappe, von der Schlafzimmereinrichtung bis zum Nähkasten. Mit den Jahren hat das berühmte Kaufhaus ein wenig an Ruf verloren, weil derartige Warenhäuser in allen Städten Europas entstanden.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich

Ausschneiden!

Druckfache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

Die Berliner Hausfrauen-Vereine zeigen in unserem Hause Alexanderplatz tägl. von 10-6 Uhr Erzeugnisse der Hausbäckerei, Hausweberei und der Laubenkolonien

HERMANN

159

Leipziger Straße
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Kochbirnen .. Pfund 1.10
Essbirnen ..... Pfund 1.25
Kaiserkronen ..... Pfund 1.80
Koch- u. Strudeläpfel Pfd. 1.45
Essäpfel ..... Pfund 1.00
Gravensteiner ..... Pfund 3.50
Weintrauben ..... Pfund 6.50

Karpfen lebend, Pfd. 12.00
Hechte lebend ..... Pfund 13.00
Goldbars ohne Kopf ..... Pfund 3.45
Bücklinge ..... Pfund 7.50
Schellfisch ..... Pfund 4.80
Flundern gross ..... Pfund 7.50

Rotwurst ..... Pfund 13.00
Landleberwurst Pfund 13.00
Sülzwurst ..... Pfund 14.00
Grobe Mettwurst Pfund 16.50
Corned beef ..... Pfund 10.00

Leipziger Strasse **Frisches Fleisch** Alexanderplatz

Schweinefleisch Pfd. 14.00 | **Schweineschinken** Pfd. 14.50
Schweineköpfe Pfund 10.00 | **Kalbskamm** ..... Pfund 10.50
Kalbskeulen ..... Pfund 12.00 | **Schmorfleisch** mit Knochen, Pfund 11.00
Schabefleisch ..... Pfund 13.00

Hammelfleisch ohne Knoch., gefroren, Pfd. 7.00 | **Rindfleisch** mit Knochen, gefroren, Pfund 7.00

Margarine ..... Pfund 11.50
Bratfett ..... Pfund 15.00
Ausgel. Rinderfett .. Pfund 13.50

Kaninchen gefroren, Pfund 4.30

Rindfleisch 4 Pfund-Dose 24.00

Amerik. Heereskost .. Dose 7.00
Amerik. Würstchen .. Dose 6.50
Luncheon amerikanische Wurstmasse, Dose 6.75

Rotkohl ..... Pfund 75 Pf.
Weisskohl ..... Pfund 70 Pf.
Kohlrabi grosse ..... Mandel 1.80
Mohrrüben ..... Pfund 75 Pf.
Kürbis ..... Pfund 45 Pf.
Sellerie grosse Knollen ..... Pfund 3.00
Dauerzwiebeln .. Pfund 90 Pf.

Mecklenburger **Stoppelgänse** Pfd. 11.00
Oderbruch. Gänse Pfd. 15.00
Gänsestückenfleisch Pfd. 12.50
Suppenhühner .... Pfund 14.50
Hirschfleisch ..... Pfund von 7.00 an

Tafelreis ..... Pfund 4.60
Weizenmehl 70% ..... Pfund 3.60
Auszugmehl ..... Pfund 4.60
Kaffeemischung 25% Bohnenkaffee ..... Pfund 7.00
Gebr. Kaffee ..... Pfund 21.50
Bandnudeln ..... Pfund 7.00

1918er Montagna-Naturrotwein ¾ Flasche 10.50 10 Flaschen 100.00

Deutsch. Weinbrand 1a Qualität ⅟₁ Fl. 27.50 ⅟₁ Fl. 52.50

1918er Lieser Schloßberg ⅟₁ Fl. 28.50 10 Fl. 275.00

Weinbrand-Verschn. ⅟₁ Fl. 23.00 ⅟₁ Fl. 45.00

Alt. österreichischer Süsswein vorz. Qual. zur Kräftigung usw. ¾ Liter-Flasche 18.50 5 Flaschen 90.00

Apfelwein vorzügliche Qualität ⅟₁ Fl. 5.00 10 Fl. 47.50

Tarragona feiner alter ⅟₁ Fl. 24.00 10 Fl. 225.00

Roter Johannisbeerwein ⅟₁ Fl. 10.50 10 Fl. 100.00

Preise einschliesslich Flasche. Auf Weine 20% Steuerzuschlag.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Erstaufführung:
7 Uhr: Masse Mensch

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Barbier von Sevilla
Schauspielhaus
7½ Uhr: Der Kronprinz

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 Uhr: Herodes und Mariamne

Kammerspiele
7½ Uhr: Die Jungfern vom Bischofsberg

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Die Räuber
(Im Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
7.30 Uhr: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
(Oroka, Niemann, Bildt)
Freit.: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus:
Täglich 8 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
Im neuen Burlesken-Schwank
Jonnys Busenfreund

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
von Bernauer und Schanzer
Musik von
Jean Gilbert
Hauptdarsteller:
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts
Betty Feiner, Herbert Kiper

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr:
Der Schrei nach Ruhe

7½ Uhr **Residenz-Theater**
Olga Limburg, Kaiser-Titz
in Der König (Le roi)

Trianon-Theater
Heute 7 Uhr: Zum 1. Male:
Tod und Teufel
von Frank Wedekind.
Vorher: Der Kammersänger

Komische Oper
7½ Uhr Die Tilly
Strohwitwe
Operette von Leo Blech

Kleines Theater
½8 Uhr: Carola Toelle in
Frl. Josette — meine Frau

Walhalla-Theater
7.30 Uhr:
Die schöne Helena

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

7½ **Casino-Theater** 7½
Exzellenz Maxe
Sonntag 3½: Mittelarrest

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 10077
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.
Blüthgen-Konzert
Elite-Sänger
Vorverk. 11—1½ u. 4—6

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
Gr. Frankfurter Str 132
Unter der neuen Direktion:
Leopold Saenger

Erstaufführung
am Sonnabend, den 1. Oktober
7½ Uhr
Das Glück der kleinen Leute
Volksstück mit Gesang
in 3 Akten von J. Brandl
Musik von Fritz Rauppert

Vorverkauf
von Donnerstag an
Theaterk. v. 10-1 Uhr geöffnet
Preise der Plätze
von 4.— bis 10.— Mk.

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT
Behrenstraße 56.
8 Uhr:
11 Schlager

L.T.L.
Luisen-Theater-Lichtspiele
Reichenberger Str. 34
Eröffnung 1. Oktober
Uraufführung:
7 Uhr
Neptuns Tochter
mit Anette Kellermann
9 Uhr
Großes Orchester
Sonntag: Beginn 4 Uhr

8 Uhr: **Apollotheater** 8 Uhr
Friedrichstraße 215
Internationales Varieté-Programm
Auslands-Sensationen

Circus Taraselli
Bahnhof Friedrichstr.
Heute Vorstellung
4 u. 8 U.

Alhambra
am Moritzplatz
(früher Buggenhagen)
Letzte Woche!
Otto Reutter
8 Uhr

Circus Busch
Tgl. 7½, Sonnt. auch 3 U.
Sonntag war 2 × ausverkauft!
18 Sensationen 18
Stg. Nachm. 1 Kind frei
Bekl. Werth. u. Circusk.

Schokoladen
in großer Auswahl sowie Stangen, Bonbons, Keks
allerbilligst für Händler und Wiederverkäufer
Schneider, Radenbergstraße 27

Gänsefedern

füllfertige, auch ungerissen, aus erster Hand.
Paul Paegelow
Wriezen 15 Odbr.

Hühneraugen
Fußsohlenverhärtung, alteingewurzelte Leiden entfernt mit absoluter Sicherheit „Bosco".
Seit 30 Jahren bewährt. 4.50.
Otto Reichel, Berlin 46,
SO. Eisenbahnstr. 4

Gold · Silber · Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldsteher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer,
Linienstraße 95

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107 1. Hof, Keller.

Geöffnet 9—7
Auf Teilzahlung
Anzüge, Covertcoats, Ulster, Schlafpelze, Einsegnungs-Anzüge bequeme diskr. Ratenzahlung
(Kein Laden) Leiser **Gottlieb**
Rollendorfstraße 22a

Sonntags 9-1
Altmetalle
unterbietbare Preise zahlt
Badstraße 34, Hof.

Achtung!
Händler und Wiederverkäufer! Kantinen und Vereine!
Tafel-Schokolade, 100-, 50- u. 25 g, Streifen, Silberwellen, Marzipan-Stangen, direkt ab Fabrik, G. Freund & Co., N 37, Schwedter Str. 258 (Nähe Schönhauser Tor).

Harmonikas

Deutsche, Wiener, Bozener u. Italiener, in 1, 2, 3, 4 u. 5 reihig bis 120 Bässe nach Katalog A gratis u. franko von
Robert Husberg
Neuenrade Nr. 850

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Der Verbandsbeitrag beträgt **nicht 8 M.,** sondern **10 M.**
Erstmalig zu zahlen am Sonnabend, den 1. Oktober, für die Woche vom 2. bis 8. Oktober.
Der Gauvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Freitag, den 30. September 1921, morgens 9 Uhr:
Versammlung
aller streikenden und arbeitslosen Mitglieder der Verwaltung Berlin
in beiden Sälen der „Neuen Welt", Hasenheide.

Tagesordnung:
1. Unsere Lohnbewegung. 2. Aussprache.

Zutritt für Arbeitslose nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches. Für Streikende nur Zutritt gegen Vorweisung der gelben Kontrollkarte vom 14. September. Diese, mit Namensunterschrift versehen, dient als Legitimation beim Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgendes Mitglied gestorben ist:
Der Dreher
Conrad Lindner
Neukölln, Weichselpl. 6, am 25. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 29. Sept., nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Der Fahrstuhlführer
Wilhelm Schneider
Hochstädter Straße 8, am 26. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Freitag, 30. Sept., vormittags 11½ Uhr, im Krematorium, Gerichstr., statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Achtung!**
Am Freitag, den 30. September 1921, abends 7 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus (Alexanderplatz)
Große gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung
des Zentralverbandes der Fleischer, des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen.

Tagesordnung:
Die Verschmelzung der 3 Verbände zum Lebensmittelarbeiter-Verband.
Referent: Kollege Hensel, Fleischerverband.

Die Kollegen des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes sind besonders eingeladen.
Mitgliedsbücher oder Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Ortsverwaltungen.
Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verwandten Berufsgenossen Deutschlands. J. A.: Schumann.
Zentralverband der Fleischer. J. A.: Saebler.

Küchenspind und -Tisch zu verkaufen (200 M.) Schröder, Reichenberger Str. 90, H. 3 Tr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! **Achtung!**
Erwerbslose (Kranke)
Wegen Quartalsschluß ist am Sonnabend, den 1. Oktober, die Krankenabteilung geschlossen. Die Mitglieder, deren Zahltag auf den 1. Oktober fällt, erhalten ihre Unterstützung bereits am Freitag, den 30. September, vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Achtung! **Achtung!**
Arbeitslose Metallarbeiter
Wegen Quartalsschluß bleiben die Auszahlungs- und Abfertigungsschalter am 1. Oktober 1921 geschlossen.
Die Kollegen, deren Woche am 1. Oktober endet, erhalten am 3. Oktober 1921 ihr Geld.
Alle andern Kollegen erhalten nach Ablauf ihrer Arbeitslosenwoche Auszahlung an ihrem Berufsschalter.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Wahlen zur Neuen Achtung!
Maschinenbauer - Krankenkasse
(Gemeinsame Betriebs-Krankenkasse zu Berlin)
Die Aufstellung der Kultschuhmitglieder und Ersatzleute erfolgt nach freigewerkschaftlichen Grundsätzen in Betriebsversammlungen, die durch die Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der Woche vom 3. bis 8. Oktober einberufen werden.
Die Bezirksleiter der Bezirke 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23 werden zur Empfangnahme des Wahlmaterials und zur Informierung zu Freitag, den 30. September, abends 6 Uhr, Linienstraße 83-85, Zimmer 8, eingeladen. Erscheinen unbedingt erforderlich.
Im Auftrage der Verwaltung
Gutsche

Per sofort gesucht:
Korrespondenten
welche flott stenographieren u. Schreibmaschine schreiben können

Meldungen
von 11—12 Uhr vormittags
und 5—6 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauenzienstr. 21-24

B. FEDER
Norden: Brunnenstraße 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Charlottbg.: Scharrenstr. 5
KREDIT
unter günstigsten Zahlungsbedingungen
Speisezimm., Herrenzimmer
Wohnzimmer, Schlafzimmer
Farbige und isolierte Küchen
Ledersofas / Klubsessel
Einzelne Möbel
Riesen-Auswahl in allen Abteilungen
reiz Tischlerstreik alle billige Preise!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"

zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____
(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: wenn, Hof, Etk., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8/9, einzusenden.

Die Folgen bürgerlicher Gemeindeverwaltung

Eine Betrachtung zur Wahl

Von Paul Seike

Stellvertretender Bürgermeister des 20. Verwaltungsbezirks

Mit allen Mitteln der Demagogie und Verlogenheit suchen die bürgerlichen Parteien den Glauben zu verbreiten, daß nur eine bürgerliche Mehrheit in der Lage sei, Berlin aus allen Schwierigkeiten zu befreien. Die Unfähigkeit sozialistischer Stadtväter soll plötzlich die Ursache für den ganzen finanziellen Jammer der Kommune sein. Es ist die alte Spekulation auf die Vergeßlichkeit der großen Masse, die hier einen Erfolg erhofft.

Erinnern wir uns! Wer beherrschte vor dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland die Gemeinde- und Stadtparlamente? Das Bürgertum! Wer trat theoretisch für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts ein, dachte jedoch praktisch an keine Aufgabe dieses Schandrechts, weil es insonderheit auch im Berliner Rathause ihm seine Macht sicherte? Das Bürgertum! Wer hat, abgesehen von seiner Schuld am Kriege, schon vor diesem das finanzielle Elend der neuen Stadtgemeinde vorbereitet? Das Bürgertum! Der Weitlauf der einzelnen Gemeinden, gute Steuerzahler in den Ort zu ziehen oder sie zu fesseln, zwang auch die ärmsten Proletengemeinden zu Aufwendungen, die in keinem Verhältnis zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit standen. Anleihe auf Anleihe wurde aufgenommen. **Ja, sogar die Zahlung der Zinsen solcher Anleihen mußten häufig durch neue Anleihen bestritten werden.** Das heute von den bürgerlichen Parteien zum Ueberdruß gebrauchte Wort, daß

jeder Ausgabe die Bewilligung der Deckung

vorausgehen müsse, hatte unter der Herrschaft der bürgerlichen Pumpwirtschaft keinen Kurswert.

Der vormalige Oberbürgermeister von Schöneberg, jetziger Minister des Innern Dominicus, hat das besondere Verdienst, durch das mit vielem Fleiß zusammengetragene Material den bündigen Beweis bürgerlicher Unfähigkeit erbracht zu haben. Eine Reihe leitender Kommunalpolitiker sahen die Katastrophe durch die Zersplitterung Berlins heraufziehen. In vielen Versammlungen hat sich der Bürgerausschuß Groß-Berlin für ein einheitlich zusammengefaßtes Kommunalgebilde bemüht. Auch der Bruder Arbeiter wurde zur Mitarbeit herangezogen. Man wollte dem Bruder Arbeiter gern ein paar Konzessionen machen, vielleicht durch ein „modernisiertes“ Dreiklassenwahlrecht. Aber als der Umsturz das Gesetz einer Einheitsgemeinde Berlin aus der Taufe hob und die Wahlen im Vorjahre dem Bruder Arbeiter im Berliner Stadtparlament die Mehrheit brachten, hatte das Bürgertum plötzlich kein Interesse mehr an einer Einheitsgemeinde Berlin. Arm in Arm stürmen heute die bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen gegen den sozialistischen „Wasserkopf“ Berlin an. **Um Hunderte von Millionen hat die bewußt und mit bestimmter Absicht betriebene Sabotage das sozialistische Berlin geschädigt.** Das sollen sich insbesondere die Arbeiter merken:

Wenn heute eine große Reihe in städtischen Diensten Gestandener ausscheiden muß, wenn wichtige gesundheitliche Einrichtungen, wie Parkanlagen, Spielplätze usw., gerade in den proletarischen Bezirken wegen Mangel an Mitteln eingehen, so ist das in erster Linie Schuld des sabotierenden Bürgertums.

Die Sehnsucht nach den Thrönchen ihrer Selbstherrlichkeit zu stillen, zerschlagen seine Vertreter gern das eben geschaffene Groß-Berlin. Geschieht es doch auf Kosten der dummen Arbeiter! Darum hat das Berliner Proletariat ein Lebensinteresse an einer sozialistischen Mehrheit in Berlin. Dort, wo sich die Arbeitermassen zusammenballen, ruhen auch die schwersten sozialen Lasten. Sehen wir von der beispiellosen Entwicklung Neuköllns ab, so zeigen auch andere Arbeiterorte die unbedingte Notwendigkeit, ihre ungeheure Belastung tragfähigeren Schultern mit aufzubürden. So wuchs Weißensee von 200 Seelen im Jahre 1871 auf rund 47 000 im Jahre 1914, Reinickendorf im gleichen Zeitraum von 1200 auf 42 000, Tegel von 500 auf 21 000 Seelen. In allen Arbeitergemeinden sehen wir eine ähnliche Entwicklung.

Gerade in Tegel kann die Unfähigkeit der verflossenen bürgerlichen Herrschaft an der Quelle studiert werden. **Neben der Riesengasanstalt Berlins, die mit Leichtigkeit ein Dutzend Tegels versorgen könnte, steht die Tegeler Gasanstalt wie für Liliput bestimmt. Drei Wasserwerke auf Tegeler Boden, das Pankower, das Reinickendorfer und das Berliner,** legen gleichfalls Zeugnis ab von der „Genialität“ bürgerlicher Sparsamkeit, Verwaltungs- und Organisationskunst. Diese „Genialität“ hatte auch fertig gebracht, daß

jahrelang die Berliner ihr Trinkwasser aus demselben Tegeler See bezogen, in den Tegel und Reinickendorf ihre Abwässer leiteten.

Die Revolution hat ein anderes Schildbürgerstückchen verhindert. Steglitz wollte sein Wasser von einem Lichtenberger Wasserwerk beziehen. Dahin zu gelangen, wäre es nötig gewesen, **durch 10 Gemeinden eine Rohrleitung von 25 Kilometern Länge zu legen!** Solcher genialen Künste wären noch eine ganze Reihe aufzuzählen. Neben den Kosten für den verlorenen Krieg muß heute das Berliner Proletariat auch noch die Folgen der zurückliegenden Verrücktheiten auf kommunalem Gebiet bezahlen. Und die bürgerlichen Väter und Nutznießer jenes Systems wagen es, von sozialistischer Unfähigkeit zu sprechen! — Man komme nicht etwa mit dem Einwand, die Gesetzgebung habe eine Aenderung der Verhältnisse verhindert. Ohne die Mehrheit im Landtag zu haben, hat unter dem Druck des Proletariats der republikanische Landtag in wenigen Monaten das Gesetz einer Stadtgemeinde Berlin fertiggebracht.

Durch ihre Sabotage haben die bürgerlichen Parteien **eine regere Bautätigkeit unterbunden.** Die Wohnungsnot ist auf das gräßlichste gestiegen. Auch auf diesem Gebiet soll eine bürgerliche Mehrheit verhindern, daß etwa eine gutbefestigte, sozialistische Mehrheit mit fester Hand zupackt und

wohnungslose Proletarier in Grunewaldvillen einquartiert.

Dem Bruder Arbeiter widmet man gern einmal ein schönes Gedicht, genießt auch gern den Ertrag seines Fleißes, aber mit ihm zusammen wohnen? — Pfui Spinne! Wie ängstlich das vermieden wurde, dafür auch ein paar lehrreiche Zahlen. Von den vorhandenen Wohnungen waren Kleinwohnungen, d. h. solche, die zwei heizbare Räume hatten, also Normal-Wohnraum für Proleten, in Biesdorf 94 Prozent, in Neukölln 87 Prozent, Lichtenberg 87 Prozent, Reinickendorf 84 Prozent, Charlottenburg 58 Prozent, Hermsdorf 54 Prozent, Friedenau 44 Prozent, Dahlem 31 Prozent, Grunewald 30 Prozent. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Kleinwohnungen letztgenannter Orte in der Hauptsache Portierwohnungen sind, im übrigen aber schmutzige und unterernährte Proletenbälger den Frieden dieser Gegend und das ästhetische Empfinden seiner Bewohner nicht stören.

Noch einmal sei auf die

ungeheuren Schullasten in den Arbeitergemeinden,

die bei einer Zerreißung Berlins diesen Gemeinden den letzten Atem auspressen würden, hingewiesen. Das Steuersoll auf 100 Prozent Zuschlag gebracht, hatten für Schulzwecke aufzubringen: Neukölln 136 Prozent, Reinickendorf 144 Prozent, Weißensee 159 Prozent, Adlershof 185 Prozent, Alt-Glienicke 237 Prozent; demgegenüber: Charlottenburg 45 Prozent, Friedenau 38 Prozent, Wilmersdorf 27 Prozent, Grunewald 6 Prozent. Diese Zahlen vor Augen, angereiht an die Tatsache, daß Armen- und Waisenpflege, Krankenfürsorge usw. die westlichen Vororte gar nicht oder nur verschwindend belastet, wird man begreifen, warum der Berliner Westen **paradiesische Gärten in Hülle und Fülle** hat, während gegenwärtig in den Arbeiterquartieren bald das letzte kümmerliche Grün der, ach, so dünn gesäten erbärmlichen Spielflecken wegen Mangel an Pflege verschwunden sein wird. Ach, man kann die Sehnsucht der Bourgeoisie nach jener guten, alten Zeit nur zu gut verstehen, in der z. B. 1916 die meisten Arbeitergemeinden schon Steueranschläge bis 200 Prozent erhoben, Dahlem aber noch mit 39 Prozent auskam!

An dem Berliner Proletariat ist es, am 16. Oktober das Ziel dieser Sehnsucht gründlich zu zerstören. Den Saboteuren sozialistischer Aufbauarbeit muß das Handwerk gründlich gelegt werden. Treu ihrer geschichtlichen Mission wird auch in diesem Kampfe die unabhängige Sozialdemokratie Schrittmacherin des Berliner Proletariats sein. Ihr gehört daher am 16. Oktober jede Hand- und Kopfarbeiterstimme.

Oeffentliche Wähler-Versammlungen

Donnerstag, den 29. September, abends 7 Uhr

Märkischer Hof: Admiralstraße 18c
Büttners Festsäle: Schwedter Straße 23
Rosenthal: Restaurant Schröder, Hauptstraße
Referenten sind: Genossin Elise Beck und die Genossen Gottfried Schulz, Dr. Jul. Moses, Bürgermeister Leid

Freitag, den 30. September, abends 7 Uhr

Marienfelde: Moldenhauer, Berliner Straße 114
Alt-Glienicke: Lokal Bohne, Grünauer Straße
Treptow: Brauns Gesellschaftshaus, am Bahnhof Treptow
Lokal Kraatz (früher Wollschläger): Adalbertstraße 21
Schulaula: Heinersdorfer Straße 18
Schulaula: Senefelder Straße 6
Schulaula: Littauer Straße
Schulaula: Schönfließer Straße 7
Schulaula: Kaminer Straße
Schulaula: Lüttticher Straße 47—48
Schulaula: Ofener Straße
Schulaula: Köpenicker Straße 125
Für die Taubstummen: abends 1/2 7 Uhr, Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 30
Referenten sind: Die Genossen Zubeil, Dr. Moses, Bürgermeister Mielitz, Friedländer, Werner, Gürne, Loose, Dr. Löwenstein, Bürgermeister Grunow, Redakteur Dressel

Krankenpflegeschulen

Zum 1. November 1921 soll in den als Krankenpflegeschulen staatlich anerkannten Krankenanstalten der Stadtgemeinde Berlin, das sind: Krankenhaus Am Friedrichshain, Krankenhaus Moabit, Krankenhaus Am Urban, Rudolf Virchow-Krankenhaus, Krankenhaus Westend, Krankenhaus Wilmersdorf, Krankenhaus in der Achenbachstraße, Augusta-Viktoria-Krankenhaus Schöneberg, Krankenhaus Neukölln-Buckow, Krankenhaus Spandau, Krankenhaus Pankow, Krankenhaus Reinickendorf, eine neue Krankenpflegeschule für männliches und weibliches Krankenpflegepersonal, vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörden, eröffnet werden. Gemäß der neuen ministeriellen Verordnung über die Ausbildung und Prüfung von Krankenpflegepersonen dauert der Kursus der Krankenpflegeschulen 2 Jahre. Das Personal muß in der Krankenanstalt wohnen und Krankenpflegedienst tun.

Es wird gewährt: Freie Verpflegung und Unterkunft, Dienstkleidung sowie eine monatliche Barentschädigung. Die Höhe dieser Entschädigung unterliegt noch der Beschlußfassung der städtischen Körperschaften. Meldungen sind an die Direktion des Krankenhauses unter Beifügung a) eines Geburtszeugnisses, b) eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses und eines Impfzeugnisses, c) eines von dem Bewerber(in) selbst verfaßten und selbst geschriebenen ausführlichen Lebenslaufes, d) eines Führungszeugnisses der Ortsbehörde, sowie Zeugnisse aus bisherigen Stellungen bis zum 15. Oktober 1921 zu richten.

Eine rege Beteiligung aus Arbeiterkreisen ist dringend erwünscht.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Kätchen schluckte ihre Tränen hinunter, sie war förmlich böse auf ihn, und dies gereizte Gefühl brachte ihr ein Widerstreben, dem sie keinen Ausdruck zu geben wagte, und brachte ihr auch eine sich steigernde Ernüchterung.

Auf der Heimreise erwachten allmählich alle Sorgen und Bedenken wieder und verdüsterten die junge Frau.

Wie würden sie wohl Haus und Hof antreffen? Sie konnte gar nicht begreifen, daß sie so im Taumel dahin gelebt hatten, in den Tag hinein wie die Kinder. Sie machte ihren Mann im stillen dafür verantwortlich und sah mit Bangen, daß auch er immer unruhiger wurde, je näher sie der Heimat rückten.

An einem späten hellen Maitag kamen sie wieder zurück; der Hochwald stand in Pracht und funkelte vom vorhergegangenen Regen, in dem die Sonne schien. Ihr Haus glänzte wie ein Schloß, weiß und voller Würde stand es da. Aber Peter konnte gar nicht abwarten, bis der Wagen hielt; unterwegs schon sprang er heraus und rannte in die Felder.

Hatte das Gesindel nichts getan? Eine böse Röte stieg ihm zu Gesicht. Keiner seiner Befehle war ganz erfüllt. Der erste Knecht war nicht zu finden; die neuen teuren Maschinen standen verlottert unter freiem Himmel; die Knechte gingen halb betrunken umher, wenn sie nicht gar im Grase lagen und sich die Sonne ins Gesicht scheinen ließen.

Peter tobte, und als sie murrten und sich widersetzen wollten, trieb er die Widerspenstigen auf der Stelle vom Haus und Hof hinaus.

Nun die Luft rein war, und er sich den Aerger hatte vom Hals laden können, freute er sich der Arbeit, die er getan.

Was? Und da stand Kätchen neben ihm mit diesem Jammergesicht? War sie wirklich eine, der die Tränen gleich durch die Finger rannen, wenn ein paar hundert Taler springen mußten? Da hatte er auch noch geglaubt, einen tapferen Kameraden neben sich zu haben! Warum war sie denn auf der Reise anders gewesen?

„Hast du denn nicht gemerkt, daß es mir eine Freude war, den Kerlen den Herrn zeigen zu können? Glaubt du, das ist nichts?“

Er nahm sie beim Handgelenk und suchte die Widerstrebende an sich zu ziehen.

Als sie ihm die Hand mit jähem Ruck entzog, sah er ihre bösen Augen. Er drehte sich auf dem Absatz herum. Solche Augen konnte sie also machen!

„Du hättest eben Eugenie Thomann heiraten sollen,“ rief sie ihm nach, „vielleicht hätte die über solche Kleinigkeiten wegsehen können, weil sie doch so genial ist.“

Mit einem Ruck blieb Peter vor ihr stehen und sah sie zürnend an: „Ich weiß nicht, was du immer mit Eugenie Thomann hast,“ sagte er kurz und befremdet, „es ist nun schon das drittemal —“

„Das mit Eugenie Thomann wirst du wohl besser wissen als ich,“ sagte sie schnippisch und ganz im Tone eines gekränkten Backfisches. Dann ließ sie ihn stehen. Ihre bösen Augen sah er aber in der nächsten Zeit noch öfter, und mußte ihre bösen und spitzen Reden hören: „So geht's, wenn man vom Haus wegläuft, und alles sich selbst überläßt; so geht's, wenn man den großen Herrn spielen will, und hatts nicht. — Und ich habe mir eingebildet, es kämen einmal neue Möbel in den alten Kasten, wenn der Sommer gut ist; ja, adieu Partie! Es scheint, wir dürfen froh sein, wenn wir das Leben haben.“

Peter schwieg. Ein Groll gegen die keifende Frau an seiner Seite kam hoch, daß er an sich halten mußte, um sie nicht zu züchtigen. Er fühlte sich wie vor den Kopf geschlagen. Waren denn die Frauen alle so klein, so furchtsam, so unsicher? Richtige Hemmnisse auf allen Wegen?

Peter litt unter einer schweren seelischen Krise. Tag für Tag goß es vom Himmel, es war ein Wetter zum Verzweifeln. Tag für Tag zogen schwere Wolkenballen über den Wald her und Regenschwaden trieben in die Täler. In diesem Jahr hätte er keine Bewässerungsanlagen gebraucht, das Wasser stand hoch in den Wiesen. Wie sollte das werden? Alles steckte nun im Gut, versäumt war vieles, die Felder waren förmlich ersäuft, die Frucht mußte verderben und das Heu verfaulen.

Kätchen stand an den Fenstern herum, stierte in das graue Wetter und machte ein Gesicht, als sei er schuld an der schlechten Zeit. Sie sprach kaum mit ihm, sie stand untätig umher, aber von innerer Unrast aufgezehrt. Was half denn das Herumstehen? In Peter regte sich ein heftiger Widerstand gegen das widrige Schicksal, und neue Tatkraft spornte ihn an. Ging's so nicht, mußte er's anders anpacken! Nur nicht verhocken und sich von dem sauertöpfischen Weibe anstecken lassen!

Endlich kam die Sonne wieder durch; das ganze Tal dampfte. Der warme Sonnenschein weckte eine fieberhafte Hast in Kätchen.

„Nun müssen Leute her, schnell, schnell; viele Leute müssen her,“ sagte sie zu Peter.

„Wozu denn? Das ist alles vorüber. Das Heu ist unbrauchbar und alle Mühe wäre umsonst. Was zu tun ist, können unsre Leute tun.“

„Oh, es ist so viel gut zu machen, so ungeheuer viel,“ klagte Kätchen; man konnte Angst und Unsicherheit aus ihrer Stimme hören.

„Es kommt mir niemand her,“ entschied ihr Mann, „besser, man verkauft Vieh.“

„Nein!“ schrie sie ihm empört entgegen und lief weg, die Stiege hinauf. Er hörte sie in das Zimmer seiner Schwester gehen, das nun das ihre war.

Es dauerte keine halbe Stunde, Peter saß über einem Plane, da rollte der leichte Wagen zum Tore hinaus, den sie selber kutschierte, und es war dunkle Nacht, als sie wiederkam.

Peter hörte nichts von ihrer Heimkehr; er schlief den festen Schlaf eines gesunden müden Menschen, denn er hatte bis spät in den Abend hinein gearbeitet.

Als er am frühen Morgen seinen Laden aufstieß, sah er, daß es von Arbeitern auf den Wiesen wimmelte. Ein böser Zorn packte ihn, daß er mehr über die Stiegen hinunterstürzte, als ging; drunten kriegte er gerade seine Frau zu fassen.

„Was sollen die Leute?“ herrschte er sie an.

„Arbeiten.“

„Sie hören sofort auf!“

„Sie arbeiten weiter, denn du steckst deine Nase in die Bücher, anstatt zu arbeiten, da muß ich es in die Hand nehmen. Wenn der Mann faulenzt. —“ Sofort hatte er sie fest bei den Armen und merkte gleich den gehässigen Widerstand in jeder Fiber ihres Körpers, die sich gegen ihn anspannte. Der Zorn übermannte ihn so, daß er nach ihr schlug. Nicht einmal das Gesicht wandte sie ab, sie hielt den Schlag aus und sah ihn höhnisch an.

Peter ging mit gesenktem Kopf, blaß vor Erregung von ihr. Draußen zahlte er die Leute aus, die sich murrend und fluchend entfernten. Dafür sah er seine Frau in die Reihen der Dienstboten treten in ihrem großen weißen Hut, dem Rechen in der Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Der Leichenfund bei Nikolassee aufgeklärt

Ein schauerlicher Leichenfund, der wiederholt die Oeffentlichkeit beschäftigte, ist jetzt aufgeklärt. Am 7. September v. Js. fanden Bahnbeamte bei Nikolassee im Grunewald Teile einer Leiche. Bisher war es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Erst nach Jahresfrist, am 3. d. M., zeigte eine Margarethe Wrebel der Polizei an, daß sie seit einem Jahr ihre Schwester Anna, ein Mädchen von 21 Jahren, vermisse. Anna Wrebel hatte zuletzt bei dem Hausdiener Oberndorf in der Zionskirchstraße 39a gewohnt. Dieser kam in den Verdacht, die Wrebel ermordet und beraubt zu haben. Er wurde verhaftet. Er erklärte, daß Anna Wrebel bei ihm gewohnt habe, aber nach Posen abgereist sei. Als ihm aber alles Belastungsmaterial nach und nach vorgelegt wurde, brach er zusammen und bekannte, daß es mit dem Verschwinden des Mädchens doch eine andere Bewandtnis habe. Wie er sagt, besuchte er am 5. September v. Js. ein Tanzvergnügen in der Auguststraße. Hier gab sie ihm, wie er behauptete, Veranlassung zur Eifersucht. Nach einem kleinen Zusammenstoß mit dem Manne, dem Anna Wrebel ihre Aufmerksamkeit schenkte, ging man nach Hause, und hier kam es wieder zu einem Auftritt. Als beide schon in ihren Betten gelegen hätten und das Licht schon gelöscht gewesen sei, habe Anna, wie auch früher schon mehrmals, nach dem Genuß von Alkohol, bei der Auseinandersetzung wieder Krampfanfälle bekommen, die sich jetzt zu Wutkrämpfen gesteigert hätten. Am nächsten Morgen habe er zu seinem Schrecken gesehen, daß sie tot im Bette lag. Auf dem Wege zum Einkaufen habe er auch zur Polizei gehen wollen, um den Tod des Mädchens anzumelden, sei aber davon durch einen Schlächter, den er früher flüchtig kennen gelernt und jetzt zufällig wiedergetroffen habe, abgehalten worden. Dieser Schlächter, dessen Name er nicht kenne, habe ihm von der Anzeige abgeraten, weil sie ihm nur Scherereien bringen werde und erklärt, er werde die Sache schon besorgen. Der Schlächter sei dann bald darauf bei ihm in der Wohnung mit Handwerkszeug erschienen und habe die Leiche auf den Fußboden gelegt und zerstückelt. Nach Beseitigung der in Pakete gepackten Leiche im Walde bei Wannsee habe er dann noch ein Bad genommen und sei dann nach Berlin zurückgefahren. Wo die übrigen Pakete geblieben sind, will Oberndorf nicht wissen. Er hält es für wohl möglich, daß der Schlächter das abgeschälte Fleisch zur menschlichen Nahrung zurecht gemacht habe, weil er damals eine Bouletten-braterei betrieben habe.

Ein Raubüberfall vor Gericht

Das Schwurgericht des Landgerichts III verhandelte gestern eine Anklage wegen Raubes gegen den Maschinenbauer Ernst Lundström. Am 27. Mai 1920 wurde auf zwei Kassenboten der Rungewerke in Spandau, die sich, wie regelmäßig zweimal in der Woche, auf dem Wege von der Bank nach ihrer Firma befanden, ein Raubüberfall verübt. Der eine Bote trug in seiner Tasche 40 000 Mark, der andere 70 000 Mark bei sich. Als sie von der Seegefelder Straße in die Nauener Straße einbogen, wurden sie unter der Eisenbahnüberführung von drei Männern angefallen, die ihnen Revolver vorhielten. Auf den Boten Bruschow stürzten sich zwei Männer, schlugen mit Revolvern auf ihn ein, bis dieser schwach wurde und die Tasche losließ. Auch der zweite Kassenbote wurde unter Bedrohung mit einem Revolver angehalten, daß er seine Tasche hergeben solle, widrigenfalls auf ihn geschossen werde; er riß sich aber los und es gelang ihm, zu entfliehen. Die Räuber sprangen dann in ein bereitstehendes Auto und verließen in schnellster Fahrt den Tatort mit den erbeuteten 40 000 Mark. Als einer der Teilnehmer an diesem Ueberfall wurde der Angeklagte ermittelt.

Der Angeklagte gab zu, daß er der Kampfgruppe der Kommunistischen Partei angehöre, aber tatsächlich überzeugt gewesen sei, daß es sich um die Besitznahme von Papieren zum Beweise bestehender Umsturzpläne gegen die jetzige Regierung handelte.

Auf Grund umfangreicher Beweisaufnahme, in der u. a. der Spandauer Kriminalkommissar Schulz aus seiner Kenntnis darauf hinwies, daß der Angeklagte völlig im Banne eines hervorragenden Parteigenossen namens Kunze gestanden habe, beantragte Staatsanwalt Horstmann das Schuldig unter Versagung mildernder Umstände.

Auf Grund des Spruches der Geschworenen wurde der Angeklagte wegen schweren Raubes unter Zubilligung mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr 3 Monaten Untersuchungshaft und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Raubüberfall auf einen Droschkenchauffeur. Als gestern früh ein Beamter der Schutzpolizei auf seinem Rade eine Streiffahrt durch den Grunewald machte, bemerkte er in der Nähe des Hundekehlensees eine Kraftdroschke, die verlassen zu sein schien. Er sprang von seinem Rade, öffnete den Wagenschlag und fand hier den 37 Jahre alten Kraftdroschkenführer Albert Zohm im bewußtlosen Zustande auf. Nachdem er sich etwas erholt hatte, gab er an, daß er am Abend zuvor in Wannsee von zwei Herren und einer Dame zu einer Fahrt nach Berlin engagiert worden sei. Unterwegs habe man ihm einen Schlag mit einem stumpfen Instrument über den Kopf versetzt, worauf er die Besinnung verloren habe. Wie sich herausstellte, war ihm seine Brieftasche mit ca. 1100 Mark Inhalt geraubt worden. Bisher konnte noch keine Spur der Täter entdeckt werden.

Gewerkschaftliches

Die Görlitzer in Nöten

Die Beschlüsse von Görlitz bekommen den Herren Sozialdemokraten recht schlecht. Stampfer ruft aus, es sei in politischer Beziehung in Görlitz nichts passiert und der kleine Gewerkschaftsmann darf auch nicht fehlen, wenn es gilt, die Ergebnisse zu interpretieren, wie sie eigentlich zu verstehen sind.

Görlitz hat nämlich zur Gewerkschaftsfrage einen Antrag abgelehnt, der die Mitglieder verpflichten sollte, sich nur den freien Verbänden anzuschließen.

Es ist natürlich Unsinn, erklärt der Gewerkschaftsinterpret, daß etwa verstanden werden könnte, daß durch die Ablehnung dieses Antrages den Mitgliedern auch eine deutschnationale Gewerkschaft empfohlen werden könnte. Der Antrag sei nur unklar gefaßt gewesen, deshalb wurde er abgelehnt und die Partei stände noch immer auf den Standpunkt der Resolution von Mannheim vom Jahre 1906. Und damit man es dem Organ auch glauben soll, druckt er die entsprechende Resolution ab. Zum Schluß schreibt er, daß die Partei nach wie vor fest zu den freien Gewerkschaften steht.

Da der Ausdruck „feststehen" bei den Rechtssozialisten zu einem abstrakten Begriff und einer variablen Größe von nur relativen Wert umgemünzt wurde, so bedürfte es erst wieder eines sozialdemokratischen Programmerklärers, der uns erst einmal die einzelnen Worte definiert, was die Herren Gefolgsgenossen von Stinnes darunter verstehen. Ja, Holland ist in Not. —

Da der „Vorwärts"-Gewerkschafter zuweilen farbenblind ist — einmal polemisierte er gegen uns und meinte aber die — „Rote Fahne", ein andermal bringt er in seinem Uebereifer Berichte von gelben Verbänden, dann muß er wieder seine Irrtümer berichtigen — so dürfte es ihm gar nicht schwer fallen, sich so umzustellen, wie wir die betreffenden Beschlüsse von Görlitz verstanden und auffassen. Armer „Vorwärts" . . .

Ein Gewerkschaftsjubiläum

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband feiert sein 25jähriges Jubiläum. In seinem offiziellen Organ „Die Gewerkschaft", die aus diesem Anlaß im Festgewand erschien, wird in verschiedenen guten Beiträgen der Werdegang des Verbandes geschildert. Die Zeit während des Sozialistengesetzes erfährt eine entsprechende Würdigung; der mühevolle Zusammenschluß und der Aufbau des Verbandes wird den jüngeren Genossen besonders interessieren.

Wir lernen die internen Streitfragen aus der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung und die überaus dürftigen Verhältnisse jener Zeit kennen. Aber auch dieser Verband hat sich zu einer achtunggebietenden Macht entwickelt.

„Erst tastend zwar und unschlüssig, zeitweise auch den Weg scheinbar verfehlend, sind sie — die deutschen Verbände — allen Hindernissen und Angriffen zum Trotz, vorwärts gegangen."

So soll's auch in Zukunft bleiben.

Die Erwerbslosenfürsorge

Unter diesem Titel ist soeben im Verlag „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8—9, eine Schrift des Arbeitersekretärs Rudolf Weck erschienen (Preis 8 Mark). Wohl auf wenigen Gebieten ist die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen so groß und doch die Vertrautheit mit denselben so notwendig, wie auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge. In übersichtlicher Anordnung und gemeinverständlicher Darstellung gibt die vorliegende Schrift über die gesetzlichen Bestimmungen sowie deren praktische Anwendung erschöpfend Auskunft. Leider besteht die mit Recht beklagte mangelhafte Fürsorge zum Teil darin, daß die Gemeinden die gesetzlichen Bestimmungen ungenügend und willkürlich anwenden. Wer dieser Praxis entgegenarbeiten will, muß mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Ausführungsanweisungen vertraut sein. Für jeden, der sich orientieren und wirksam die Interessen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wahrnehmen will, ist die vorliegende Schrift daher unentbehrlich. Wir begrüßen die Herausgabe derselben. Sie enthält auch zahlreiche Fingerzeige zur Verbesserung der Fürsorge.

Die Bearbeitung ist nach dem neuesten Stande erfolgt und enthält auch die vom 1. August d. J. ab geltenden neuen Unterstützungssätze. In einer Reihe von Abhandlungen über Organisation der Fürsorge, örtliche Zuständigkeit, anspruchsberechtigte Personen, Art und Höhe der Fürsorge, Rechtscharakter, Wartezeit, Aufhören der Unterstützung, Fürsorge für den Krankheitsfall, Kurzarbeiterunterstützung und produktive Erwerbslosenfürsorge, ist die gesamte Fürsorge gemeinverständlich dargestellt und an Beispielen erläutert. Die beiden letzten Abschnitte enthalten die Beschlüsse des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats zu den zehn Forderungen des A. D. G. B. Besonders wertvoll ist auch, daß der Verfasser die wichtigsten Ausführungsbestimmungen, ministerielle Erlasse und Bescheide aus dem Reichswirtschaftsblatt bis zum 15. August d. J. bei der Behandlung des Stoffes berücksichtigt und der Schrift den Wortlaut der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge (unter Berücksichtigung aller bisher ergangenen Aenderungen) vorgesetzt hat. Das Buch kann von uns nur dringend zur Anschaffung empfohlen werden. Es ist unentbehrlich für Beisitzer der Fürsorgeausschüsse, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftsbureaus, Betriebsräte, Gemeindeverwaltungen und Krankenkassen.

USPD.-Straßenbahner

Am Freitag, den 30. September 1921, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1, eine wichtige Versammlung der U. S. P. D.-Betriebsräte und Parteifunktionäre statt. Funktionärausweise sind mitzubringen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.
J. A.: A. Holz.

Ausstellung der Eisenbahnfachschulen

Zur Hebung der allgemeinen und beruflichen Ausbildung der Eisenbahnbediensteten haben sich die vier Großorganisationen der Eisenbahner (Deutscher Eisenbahnerverband, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und Allgemeiner Eisenbahnerverband) zum Verbande deutscher Eisenbahnfachschulen zusammengeschlossen.

Durch diesen Zusammenschluß wollen die Gewerkschaften bezeugen, daß sie nicht allein bestrebt sind, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu bessern, sondern auch durch Heranbildung eines gut vor- und ausgebildeten Personals an der wirtschaftlichen Gesundung der Eisenbahnverwaltung und somit an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Bisher sind von den Eisenbahngewerkschaften in Deutschland 89 Schulen mit ungefähr 20 000 Teilnehmern errichtet worden, deren Betriebsmittel ohne Barzuschüsse des Staates oder der Städte von den Gewerkschaften und den Mitgliedern derselben aufgebracht worden sind.

In der Aula der Technischen Hochschule in Charlottenburg hat am Sonntag der Verband der Eisenbahnfachschulen eine schultechnische Ausstellung eröffnet, die bis zum 2. Oktober geöffnet bleiben wird. Allen Interessenten und Gewerkschaftsfunktionären können wir den Besuch nur empfehlen.

Buchdrucker

Zu dem bereits veröffentlichten Vorbericht über die außerordentliche Generalversammlung in der „Neuen Welt" ist folgendes nachzutragen:

Die Prinzipale haben die Verhandlungen auf Grund der Forderungen der Arbeitnehmer abgelehnt. Am Freitag hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen und nach schwierigen Verhandlungen kam folgendes Abkommen zustande: Für Berlin beträgt der Lohn ab 1. 10. für Lohnklasse A (18—21 Jahre) Verheiratete 350.— M., Ledige 338.— M., für Lohnklasse B (21—24 Jahre) Verheiratete 375.— M., Ledige 363.— M., für Lohnklasse C (über 24 Jahre) Verheiratete 385.— M., Ledige 373.— M., Neuausgelernte 308.— M. Bestehende bessere Löhne werden gleichfalls im selben Maße erhöht. Der Lohn erhöht sich ab 15. November um weitere 25.— Mark. Das getroffene Abkommen gilt bis zum 31. Dezember, doch kann der Tarifausschuß jeden Monat in Verhandlungen treten, sobald der Eintritt besonderer Verhältnisse eine Neuregelung notwendig macht. Die Gauvorstände und Gehilfenvertreter haben beschlossen, von einer Urabstimmung Abstand zu nehmen und sich mit Mehrheit für die Annahme des Tarifes ausgesprochen. Es ist nicht das Geforderte und das in Anbetracht der Teuerung Notwendige erreicht worden, doch war unter den jetzigen Umständen nicht mehr zu erreichen. — Die Versammlung gab zu dem getroffenen Abkommen ihre Zustimmung.

Ein Antrag, den Opfern der Oppenauer Katastrophe einen namhaften Betrag zu überweisen, fand ohne Widerspruch Annahme. Massini unterbreitete den Vorschlag des Zentralvorstandes, ab 1. Oktober den Beitrag auf 10 Mark wöchentlich zu erhöhen, den Mitgliedern zur Besprechung in den Bezirken.

Mehr Gewissenhaftigkeit

Wir bekommen öfters Einsendungen mit sensationellem Inhalt und Mitteilungen über allerlei Unzuträglichkeiten in Betrieben usw., die einer Nachprüfung oft nicht standhalten können. Da wir vorsichtig genug sind, jeder Zuschrift und Beschwerde nachzugehen, so machen wir manchmal die Erfahrung, daß manche unserer Leser übers Ziel hinausschießen und nicht genügend kritischen Blick haben, die Dinge richtig zu würdigen. So sind wir jetzt einer längeren Zuschrift nachgegangen, in der uns über ein großes Werk in Wildau allerhand Mitteilungen gemacht wurden. Nun stellte sich heraus, daß die Dinge nicht den Tatsachen entsprechen.

Es muß von Jedem verlangt werden, daß er sich seiner Verantwortung gegenüber der Oeffentlichkeit bewußt sein soll, wenn er der Presse Mitteilungen zu machen hat. Weniger leichtfertige Verallgemeinerung und oberflächliche Beurteilung ist oft am Platze. Dieser Bescheid gilt zunächst dem betreffenden Einsender. Weiterhin soll aber allen unsern Lesern die Bedenklichkeit einer leichtfertigen Kritik eine kleine Warnung sein. Daraus ergibt sich: Mehr Gewissenhaftigkeit! —

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

Ulster aus haltbaren Stoffen, in braun, grau oder oliv **285⁰⁰**

Schlüpfer u. Raglans aus vorzüglicher Flauschware, in verschiedenen Farben, mit ¾ Absatte, aussergewöhnl. Leistung **450⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünen, stahlgrauen u. braunen Fischgräten- und Diagonalgeweben, hervorragende Qualitäten . . M. 800, **575⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus Flausch-, Homespun- u. Diagonalstoff., i. d. wundervollst. neuesten Farbenstellungen, hell u. dunkel gemust. M 800 **700⁰⁰**

Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten, in den allerneuesten Fassons gearbeitet . . . . . M. 1200, 1000, **900⁰⁰**

Winter-Paletots aus vorzüglich. Marengo- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 900, 800, 700, **600⁰⁰**

Uebergangs-Ulster, Schlüpfer u. Raglans a. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 **475⁰⁰**

Uebergangs-Paletots a. marengo Cheviot, in guten Qualitäten 800, 700 **575⁰⁰**

Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossen und mit Fasson, in guten Qualitäten M. 550, 450, 350 **265⁰⁰**

Gummimäntel in Double u. Covertcoat, in hervorragenden Qualitäten . . . . . M. 750, 650 **550⁰⁰**

Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden . . . . . M. 450, 350, 275 **225⁰⁰**

Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. wetterfestem Strichloden . . . . . M. 250, 225 **190⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, gestreiften und andersfarbigen Stoffen hergestellt . . . . . M. 600, 500, **450⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun . . M. 800, 750, **690⁰⁰**

Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kammgarn- und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . . . M. 1200, 1000, **900⁰⁰**

Sport-Anzüge mit Breechesbosen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben M. 500 **400⁰⁰**

Sport-Anzüge aus Homespun, Manchester und gemustert. Cheviot M. 850, 750, **600⁰⁰**

Hosen in allen Preislagen, von den einfarbigen bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit . . . . M. **55⁰⁰**

Geß- und Sportpelze

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Preußischer Landtag

Mittwoch, 28. September

Vizepräsident **Porsch** macht Mitteilung von dem Ableben der sozialdemokratischen Abgeordneten **Heller**-Berlin und **Oellerich**-Hannover. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Entwurf betreffend **Abänderung des Beamtendiensteinkommensgesetzes** sowie ein deutschnationaler Antrag über das **Besoldungsdienstalter der Militäranwärter** gehen an den Beamtenausschuß. Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Artikels 43, § 4 des Ausführungsgesetzes zum B.G.B. **über die Beibringung von Zeugnissen bei Eheschließungen von Ausländern** im Inlande wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung der **Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die Beschäftigung weiblicher Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften.** Nach § 2 soll die Beschäftigung weiblicher Angestellter in einer Gastwirtschaft untersagt werden, wenn sie die Interessen der Gesundheit oder der Aufrechterhaltung der guten Sitten gefährdet. Sie muß untersagt werden, wenn die Person des Wirtschaftsinhabers keine hinreichende Gewähr für einen genügenden Schutz der sittlichen oder gesundheitlichen Interessen der weiblichen Angestellten bietet. Gemäß § 5 kann die Ortspolizeibehörde einer weiblichen Angestellten die Beschäftigung in einer Gastwirtschaft untersagen, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, daß die Angestellte bei Ausübung ihres Berufes die guten Sitten oder den Anstand gröblich verletzt. Ein Antrag der Unabhängigen wünscht Streichung des § 5.

Frau Kunert (USP.):

Die Anordnung vom 10. August 1920 betr. **die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften** ist getroffen worden, einmal, um der arbeitenden Frau einen Schutz gegen schwerste moralische und physische Gefährdung zu gewähren und ferner, um der von Animierkneipen, Bars und gewissen Tanzlokalen ausgehenden Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten entgegenzuwirken. Die Zunahme der Unsittlichkeit, der sexuellen Haltlosigkeit und Verlotterung ist auch eine der **Nachwirkungen des gepriesenen „Stahlbades", des Krieges.** Hinter der Front geschah nicht nur nichts zur Eindämmung der sexuellen Zügellosigkeit, sondern man kam der sexuellen Betätigung durch Einrichtung von Bordellen in weitgehendem Maße entgegen, um die organisierten Massenmörder bei dem ihnen aufgezwungenen grausigen Handwerk bei guter Laune zu erhalten. (Sehr wahr! bei den U.S.P.) Die so erworbenen üblen Angewohnheiten und Laster lassen sich nicht mit einem Male abstreifen, wenn der Krieg vorbei ist. Daher die ungeheure sexuelle Verwilderung und in ihrem Gefolge die entsprechende Zunahme der schlimmsten Volksseuchen, der Geschlechtskrankheiten. Die Animierkneipen sind nichts anderes als maskierte Bordelle. Unter den weiblichen Geschlechtskranken befinden sich in außerordentlich großer Zahl Kellnerinnen, von denen sich die allermeisten in völliger Lebensunkenntnis diesem Beruf zuwandten. Die meisten verfallen vorzeitigem Siechtum. Wenn wir auch im allgemeinen mit den Abänderungsvorschlägen einverstanden sein können, so **werden wir doch dem § 5 unter keinen Umständen unsere Zustimmung geben.** Wir haben nun einmal nicht das Vertrauen, daß der erste beste Polizeimann der außerordentlich heiklen Aufgabe gewachsen ist, darüber zu befinden, **ob eine Angestellte Sitte und Anstand gröblich verletzt.** Wir schlagen deshalb vor, daß einer solchen Angestellten die Beschäftigung nur auf Antrag der Aufsichtsorgane untersagt werden kann. Die Aufsicht über die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung ist **weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten unter Mitwirkung der Organisation der Gastgehilfen und -gehilfinnen zu übertragen.** So wollen wir verhindern, daß die Existenz einer weiblichen Angestellten in die Hand eines untergeordneten Polizeiorgans gegeben ist. (Bravo bei der U.S.P.)

Abg. Frau **Hanna** (S.P.D.) erkennt gleichfalls die Fortschritte an.

In der weiteren Aussprache äußert Abg. **Bartel** (Dem.) im Interesse des Gastwirtsgewerbes Bedenken gegen die Vorlage und beantragt ihre Ueberweisung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Abg. Frau **Ludewig** (K.P.D.): Schuld an den gröblichen Verstößen gegen die Sittlichkeit in den Animierkneipen sind nicht die Angestellten, sondern die männlichen Besucher. — Die Vorlage geht an den Bevölkerungsausschuß.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. **v. Krause** (Vp.) **auf Einsetzung je eines ständigen Ausschusses für das ländliche Siedlungswesen und für das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen.** — Ein demokratischer Antrag will eine Trennung des Ausschusses in einen Ausschuß für das landwirtschaftliche Siedlungs- und Landheimstättenwesen und einen Ausschuß für das Wohnungs- und Wohnheimstättenwesen.

Nach kurzer Aussprache werden die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Der Antrag **Jürgensen** (U.S.P.) auf Wiederaufnahme der Befestigungs- und Landgewinnungsarbeiten im Kreise Süderdithmarschen, der das Staatsministerium um Prüfung ersucht, ob die Hafenanlage in Friedrichskoog tunlichst bald wieder instand gesetzt werden kann, wird nach kurzer Debatte durch den Beschluß des Hauptausschusses für erledigt erklärt.

Der Antrag **Siering** (S.P.D.) auf Annahme eines **Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen** wird dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen. Der Gesetzesantrag bestimmt, daß jeder Frau in Preußen Hebammenhilfe zusteht, und legt die Bedingungen für die Entlassung und Anstellung der Hebammen fest. An Diensteinkommen soll der Bezirkshebamme ein Grundgehalt von 3600 Mark jährlich zustehen; dazu kommt ein Zuschlag bis 100 vom 100 des Grundgehalts und eine Vergütung für die 31. und jede folgende Geburt, bei der die Bezirkshebamme innerhalb eines Jahre Hilfe leistet. Für jeden Stadt- und Landkreis ist mindestens eine Kreishebammenstelle einzurichten. Der Vorschlag enthält ferner Uebergangs-, Straf- und Schutzbestimmungen.

Es folgt die Beratung des Antrages **Esser** (Ztr.) **auf schleunigste Vorlegung eines Gesetzentwurfs über eine zeitgemäße Erhöhung der Hausiersteuer.** Die Anträge werden dem Handelsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung Anträge, kleine Vorlagen.

Görlitz und die Gewerkschaften

Die Meinung des Korrespondenzblattes

Das „Korrespondenzblatt" des A.D.G.B. beschäftigt sich in einem eingehenden Artikel mit dem Görlitzer Parteitag der S.P.D. Zur Frage der Koalition mit der Deutschen Volkspartei sagt das Blatt weder ja noch nein. Zur Koalitionspolitik im allgemeinen schreibt es:

„Es ist zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie von ihrer durch den vorjährigen Kasseler Parteitag sich auferlegten Abstinenztaktik zurückgekommen ist und die **Mitbeteiligung an der Regierung in Preußen verlangt.** Wir hoffen, daß es auch in Bayern geschieht. ..... Es ist ferner richtig, daß der Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz sich im Interesse der Sicherung der demokratischen Republik für eine gesunde Koalitionspolitik erklärt. Eine solche **darf nicht bedingungslos sein,** denn jede Partei, die mitregieren will, muß einen Teil Verantwortung für die Politik der Regierung übernehmen, und eine Regierungspolitik, an der die Sozialdemokratie teilnimmt, muß **auf die Erhaltung und Sicherung der Republik und auf die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, die ihr ein ungestörtes Weiterleben ermöglichen, gerichtet sein.** Aber sie darf auch nichts Unmögliches verlangen, das sich ohne schwere innere Kämpfe zurzeit nicht durchführen läßt. Sie muß sich auf ein scharf umrissenes Aktionsprogramm konzentrieren, dem jede wirklich republikanisch gesinnte Partei, die gewillt ist, an Deutschlands Wiedererhebung mitzuarbeiten, zustimmen kann."

Ist das auch nicht sehr klar, so klingt es doch mehr für als gegen eine Verbindung mit Stresemann.

Umso beachtenswerter und mit dieser Stellung zur Frage der Koalition unseres Erachtens nicht ganz verträglich sind die letzten Teile des Artikels. Das Blatt der Gewerkschaften fordert, daß die Regierungskoalition auch unsere Partei umfassen müßte. Vor allem will es den Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien nicht verloren gehen lassen, die nötig sei, zumal „es noch anderer als bloß parlamentarischer Mittel bedarf, um der Reaktion Herr zu werden". Die Voraussetzung sei, schreibt das Blatt, daß auch die U.S.P.D. willens sei, „sich an einer Regierung mit bürgerlichen Parteien zu beteiligen." Dann schreibt das Blatt:

„Ihre (der U.S.P.D.) Entschließung muß selbstverständlich von republikanischer Pflichterfüllung und Einsicht in die politischen Notwendigkeiten, von einem warmen Gefühl für das Gebot der Stunde getragen sein und muß sich mit einer **ehrlichen Kampfgemeinschaft** begnügen. Mehr als solche wird auch ihr nicht zugemutet werden. **Aber in der Kampfgemeinschaft gegen die Reaktion** möchten wir gerade sie am wenigsten vermissen, weil die Kampfesgemeinschaft die Fäden verstärken, die die beiden sozialistischen Parteien zu engerem Zusammenwirken auf weiteren Gebieten im Interesse der Arbeiterklasse verbinden sollten.

Die Gewerkschaften müssen vor allem **auf ein solches Zusammenwirken der beiden Parteien Wert legen.** Ihre Mitglieder gehören vorzugsweise diesen beiden Parteien an, und die Vertretung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen bringt sie mit beiden in ständige Berührung. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind in dieser Hinsicht wenig erfreulich. Es führt geradezu zur Lahmlegung jedes politischen Einflusses der Arbeiterklasse, wenn die eine Arbeiterpartei in der Regierung steht und mit tausend Rücksichten gebunden ist, während die andere eben diese Regierung rücksichtslos angreift und sich deshalb von politischer Macht isoliert. Man kann sich nicht fortgesetzt zwei Pferden anvertrauen, von denen das eine nach rechts und das andere nach links zieht. Eine kräftige Hand, die bei der Kraftentfaltung in die Richtung dirigiert, die der Arbeiterklasse am meisten nützt, tut bitter not.

Die Gewerkschaften haben es bisher verstanden, den politischen Spaltungen aus dem Wege zu gehen. Sie haben trotz scharfer Gegensätze und Auseinandersetzungen immer wieder die einigende Plattform gefunden. Sie sind daher auch am besten geeignet, **zwischen den beiden Parteien zu vermitteln und ein verträgliches Zusammenarbeiten derselben herbeizuführen.** Wir reden in diesem Augenblick noch nicht von Wiedervereinigung. Man soll die Früchte der Zukunft nicht vorweg pflücken, sondern die Reife mit Geduld erwarten können. Aber zur Arbeitsgemeinschaft muß es kommen, und die Vorstufe dafür ist der gemeinsame Kampf für die Erhaltung der Republik."

Aus diesen entscheidenden Teilen des Artikels klingt doch heraus, daß den Führern der Gewerkschaften im Augenblick mehr an einem Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien liegt, als an der Erweiterung der Koalition nach rechts. Auch wir glauben, daß mit solcher Auffassung das Interesse der Gewerkschaften richtig vertreten wird. Das Blatt bedauert darum auch, daß der Görlitzer Parteitag nicht mehr „Wärme und Herzlichkeit" für den „Anschluß von links" aufgebracht hat.

Das Garantiekomitee in Berlin. Am Montag fand die erste Besprechung zwischen dem Garantie-Komitee und den Vertretern der Deutschen Regierung statt. Von deutscher Seite waren unter Führung von Staatssekretär Schroeder die Staatssekretäre Hirsch und Zapf, Gesandter von Mutius, sowie weitere Vertreter der einzelnen Ressorts anwesend. Das Garantie-Komitee war durch seinen Präsidenten Mauclère (für Frankreich), den Vizepräsidenten Bemelmans (für Belgien), Beith-Roß (für England) und Graziade (für Italien) vertreten. In der Sitzung wurde die Tagesordnung für die kommenden Besprechungen festgesetzt. In den für die folgenden Tage anberaumten Sitzungen werden von deutscher Seite die vom Garantie-Komitee gewünschten Aufklärungen gegeben werden.

Das „Miesbacher Tagblatt" unter Vorzensur. Das „Miesbacher Tagblatt" ist unter Vorzensur gestellt worden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages wählte Dienstag an Stelle des verstorbenen Abg. Trimborn den Reichstagsabgeordneten Marx zum Vorsitzenden, zu Stellvertretern die Abgeordneten Becker-Arnsberg und von Guerard.

Eine neue deutsche Note über Oberschlesien wird demnächst dem Völkerbund überreicht werden. Sie stützt sich auf Material der wirtschaftlichen Verbände und fordert die Unteilbarkeit.

Die Entwicklung der Reichsfinanzen. Die zweite Septemberdekade brachte eine weitere Vermehrung der schwebenden Schuld um nicht weniger als 2,752 Milliarden Mark auf den Riesenbetrag von 207,581 Milliarden Mark. Die Ausgaben betrugen 3,730 Milliarden Mark, außerdem erforderten Reichseisenbahn 97,39 Millionen Mark Zuschuß. Dagegen lieferte die Reichspost- und Telegraphenverwaltung 305 Millionen Mark Ueberschuß. Steuern, Zölle usw. erbrachten 769,75 Millionen Mark.

Rückzahlung von Steuern an Bedürftige. Auf Antrag der preußischen Regierung hat das Reichsfinanzministerium verfügt, daß die Finanzämter bei Zensiten, die in Not sind, bei Anträgen auf Rückzahlung zu viel gezahlter Steuern aus dem Jahre 1920 die endgültigen Veranlagungen sofort zu erledigen haben, wenn keine zu starke Störung des Veranlagungsgeschäfts dadurch eintritt.

Alles in den Schatten stellend sind unsere Preise trotz gewaltiger Warensteigerung!
Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways
aus erstkl. Maßstoffen, Roßhaar-Selbstverarbeitung, prachtvoller Sitz . . . . 400, 500, 600 Mark
Kreuzfüchse Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Sealmäntel, Gehund Sportpelze 50 Prozent billiger als im Laden.
Leihhaus Brunnenstraße 5
(Rosenthaler Platz)
Fahrgeld-Vergütung
Keine Lombardware

Speditionsveränderung
Die Spedition Luck, Weißensee Langhansstr. 119, wird am 1. Oktober 1921 dem Genossen
Natche, Weißensee
Friedrichstr. 4, übertragen

Botenfrauen sofort gesucht!

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
für folgende Touren:
Höchste Straße / Allensteiner Str. / Jablonskistraße / Danziger Straße / Chodowickistraße
„Freiheit"-Ausgabestelle, Kolbe
Weberstraße 25
Spedition Jordan
Dresdener Straße 24
Spedition Wutzki
Choriner Straße 68
„Freiheit"-Ausgabestelle, Mittag
Berlin-Britz, Chausseestr. 82
Spedition Wengels
Cadiner Straße 11
für folgende Touren:
Petersburger Str. – Petersburger Platz
Hausburgstraße — Straßmannstraße
Zorndorfer Straße

Zur Schulfrage

Der Elternbeirat
Richtlinien für seine Tätigkeit
Von **Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein** Preis **2.25** Mark

Sozialistische Schul- u. Erziehungsfragen
Von **Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein**
Vergriffen. Erscheint demnächst in neuer Auflage

Schulprogramm
Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. Mit einem Vorwort von **Georg Ledebour** Preis **1.50** Mark

Schulkaserne oder Gemeinschaftschule
Von **Adolf Jensen** und **Wilhelm Lamszus**
Broschürt **10.**— Mark Gebunden **15.**— Mark

Richtlinien für ein Gemeindeprogramm
Im Auftrage der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entworfen von **Emanuel Wurm** Preis **60** Pf.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin C 2 **Abt. Buchhandlung** **Breite Str. 8-9**

Vobach-Schnitte in Groß-Berlin bei

W. Vobach & Co., Berlin SW 11, Dessauer Str. 34

C. Herkenrath Nachf., Berlin NW 5, Wilsnacker Strasse 37; Otto Flatauer Nachf., Berlin N 65, Müllerstrasse 153; in der Färberei und chemische Waschanstalt Max Fischer Inh. B. Gampel Nachf. Fritz Hecht K.-G., Berlin N 31, Brunnenstrasse 59, Berlin N 113, Schönhauser Allee 89, Berlin NO 18, Kniprodestrasse 5, Berlin NO 55, Greifswalder Strasse 193, Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 54, Berlin O 112, Frankfurter Allee 304, Berlin SW 68, Zimmerstrasse 30, Berlin W 62, Kurfürstenstrasse 117, Weissensee, Friesickestrasse 12/13, Halensee, Kurfürstendamm 97/98, Charlottenburg, Bismarckstrasse 111, Charlottenburg, Kaiserdamm 13, Schöneberg, Bayerischer Platz 10, Wilmersdorf, Kaiserallee 200; Julius Wronker, Steglitz, Schlossstrasse 6, Ecke Mommsenstrasse; Willi Schröder, Gross-Lichterfelde-Ost, Verl. Wilhelmstrasse 36; im Kaufhaus A. Hirsch, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstrasse 38; im Handarbeitsgeschäft Selma Kirfel, Cöpenick, Schlossstrasse 19; Wegner & Co., Oranienburg, Bernauer Strasse; Louis Grand Nachf., Spandau, Markt 4/5; Max Fischer Nachf., Potsdam, Lindenstrasse 16, Eingang Brandenburgstrasse; Heinrich Borgmann, Potsdam, Waldemarstr. 32

Aerztliche Sabotage der Familienversicherung

Profitinteresse vor Aerztepflicht

Bereits seit dem Jahre 1918 gehen die Debatten zwischen Aerzteorganisation und Krankenkassen, teilweise auch zwischen diesen Körperschaften und dem Gesundheitsamt des Berliner Magistrats, um die Einführung der Familienversicherung in die Wege zu leiten. Mehr als zwei Jahre haben die Aerzte nunmehr Zeit gehabt, die Dinge, die für sie dabei in Frage kommen, ernsthaft zu prüfen, und es heißt, den Aerzten ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen, wollte man von ihnen behaupten, daß sie in dieser Zeit mit einer derartigen Frage noch nicht zu Rande gekommen wären. Sie sind damit zu Rande gekommen, und zwar sind sie es in der Weise, daß die **Furcht vor dem Schwinden ihrer Privathonorare** bei der Behandlung der ganzen Frage den Ausschlag gegeben hat. Vor einigen Tagen erst haben sie dem Verband der Krankenkassen folgende Forderung bezüglich der Familienversicherung mitgeteilt: 1. Bezahlung nach Einzelleistung; 2. Honorar für die Konsultation **12 M.**; 3. Honorar für den Besuch **20 M.**

Daß es den Krankenkassen nicht möglich ist, die gleichen Sätze wie in der Privatpraxis zu zahlen, wissen die Aerzte. Ihre Forderung auf Zahlung von Privathonoraren kann also nur als Sabotage gedeutet werden. Genau so verhält es sich mit ihrer Behauptung, die Einführung der Familienversicherung wäre ohne gleichzeitige Gewährung freier Medizin und Krankenhauspflege nicht angängig.

Die Berechnungen, die über die angeblichen Zahlen der in Frage kommenden Familienangehörigen; über die Art der Beitreibung der Mittel, um die Forderungen der Aerzte zu bestreiten, aufgestellt werden, kann man keinesfalls als ernsthaft ansehen. Bei der Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt, in einer Stadt wie Berlin, ist es gänzlich ausgeschlossen, daß man eine brauchbare Statistik über die Zahl der bei jeder Kasse bzw. für jeden Betrieb in Frage kommenden Familienangehörigen aufstellen könnte. Von fast allen sich zur Sache auslassenden Aerzten wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, die Zahlungen der Krankenkassen für die Verarztung der Versicherten wäre heute schon mehr als minderwertig, und sie würde bei der Familienversicherung noch viel minderwertiger ausfallen. Man bezeichnete beispielsweise die kassenärztliche Honorare sogar als „Trinkgelder" für die Aerzte.

Nach dem Verteilungsmodus, wie ihn die Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Aerztebundes für das erste Vierteljahr des neuen Vertrages vorgenommen hat, sind reine Kassenarzthonorare ausgeschüttet worden in einer Höhe, die sehr vielen Aerzten

ein reines Kassenarzteinkommen von 30 0000, 40 000, 50 000, 80 000, 100 000, ja selbst bis auf 200 000 Mark pro Jahr

gewährleisten. Wenn es einem wirklich vielbeschäftigten Arzt auf Grund des von den Kassen gezahlten Pauschals und trotz der von vielen Aerzten systematisch betriebenen Bon-Entwertung möglich war, derartige angeführte Honorare zu erreichen, dann kann man billigerweise wohl nicht mehr von der Unzulänglichkeit der Pauschalzahlung der Krankenkassen reden. Rechnet man hinzu, daß wohl fast alle Aerzte zu ihren Kassenhonoraren noch ein Erhebliches an Privathonoraren verdienen, so bricht die Mär von dem angeblichen Hungerleiderleben der Kassenärzte in sich zusammen. Aus einem ungesunden Berufsegoismus heraus wird versucht, den Versicherten die Leistungen ihrer Krankenkassen, die ja doch im Grunde genommen ihre eigenen Leistungen sind, als derartig minderwertig hinzustellen, daß einem Kassenarzt gar nichts daran gelegen sein könnte, Kassenpatienten zu behandeln.

Die Forderungen der Aerzte könnten dazu führen, daß die Arbeit der Krankenkassenvertreter eventuell darauf gerichtet werden muß, die unter vieler Mühe erreichte freie Arztwahl wieder abzuschaffen, um mit einer Anzahl tüchtiger Aerzte reine Beamtenverträge abzuschließen, ihnen entsprechend hohe Honorare zu sichern und ihnen demgemäß die Verarztung der Krankenkassenmitglieder als Beamte zu übertragen.

Man soll sich in Aerztekreisen nicht der Hoffnung hingeben, als habe man mit der Hinauszögerung der Familienversicherung bereits den Schlüssel zum Geldschrank der Krankenkassen in Händen. Man soll vielmehr darauf achten, daß das Pflichtbewußtsein der Krankenkassenvertreter alles Mögliche in die Wege zu leiten versuchen wird, um der brennendsten Tagesfrage, der Einführung der Familienversicherung, in aller Kürze den Weg zu ebnen. Die Behauptung, daß fast restlos die Privatbehandlung den Aerzten genommen werden würde, muß als nicht zutreffend zurückgewiesen werden.

Gerade die übergroße Mehrzahl derjenigen Kreise, für welche die Familienversicherung ein Segen bedeutet, sind bei der heutigen Höhe der Privathonorare gar nicht mehr in der Lage, einen Arzt bei irgendwelchen Krankheiten zu Rate zu ziehen. Die Familie des erwerbslosen Arbeiters oder des verkürzt arbeitenden siecht fast teilnahmslos an akuten und chronischen Erkrankungen dahin, weil die Möglichkeit, die hohen Privathonorare für Ärzte zu zahlen, für sie gar nicht besteht.

Gerade die Einführung der Familienversicherung muß den Aerzten eine nicht nur geldlich, sondern auch beruflich sehr erwünschte Maßnahme sein. Die Armut, die bisher zu weisen Frauen, zu Kurpfuschern, in Polikliniken usw. abwandern mußte, wird dann Gelegenheit haben, zu praktischen Medizinern zu gehen, wirkliche Fachärzte aufsuchen zu können, wird so den Aerzten ein besseres Studienmaterial zuführen, und wird auch Gelegenheit geben, den Kassenärzten, die heute noch eine ganz kleine Praxis haben, mehr als bisher Patienten und demgemäß auch erhöhte Einnahmen zuzuführen.

Die Groß-Berliner Krankenkassen würden, falls sie sich auf den Weg der Zahlung nach Einzelleistungen drängen ließen, in ganz kurzer Zeit ein erhebliches Fiasko erleiden. Selbst der Groß-Berliner Aerztebund ist nicht in der Lage, eine Garantie dafür zu geben, daß nicht eine ganze Anzahl von Aerzten aus einem „Fall" soviel Einzelleistungen herausdestillieren, daß den Kassen dabei schwül werden könnte. Es ist allgemein bekannt, daß eine Kasse, selbst wenn sie mit Hunderten von Aerzten zu rechnen hat, sehr gut eine Kalkulation ihrer evtl. Zahlungen bei Einzelleistungen vornehmen kann, daß es aber bei den über 3000 Berliner Kassenärzten, von denen eine sehr große Anzahl selbst in ihren Kollegenkreisen als Kassenlöwen und Bonjäger bekannt und bezeichnet werden, glatt unmöglich ist, eine derartige Kalkulation auch nur mit einer geringen Aussicht auf Durchführbarkeit aufzustellen, dürfte nicht bestritten werden. Alles Gerede um diese Sache ist völlig zwecklos und dient ebenfalls nur der Verschleppung, denn die Berliner Kassenvertreter sind dringend gewarnt und werden sich nie dazu verleiten lassen, den Weg zu beschreiten, Bezahlungen nach Einzelleistungen vorzunehmen.

Carl Schulz.

Neue Goldfunde in Kalifornien. „Daily Expreß" berichtet, daß in Santa Monika in Südkalifornien außerordentlich große Goldfunde von zwei Petroleumsuchern gemacht wurden. Die Goldfelder sollen reicher sein als die vor 70 Jahren entdeckten kalifornischen Goldfelder.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die Flugblattverbreitung findet am Sonntag statt. Das Flugblatt wird, wie vorhem, an die bekannten Stellen gesandt. Die Distrikte, die keine Angaben gemacht haben, holen dieselben vom Bureau ab.

Die von einzelnen Distrikten zur Agitation bestellten „Kämpferinnen" können gegen Bezahlung im Frauensekretariat, Breite Str. 8-9, abgeholt werden.

Die Geschäftsleitung.

Stadtverordnetenfraktion. Heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, findet eine wichtige Fraktionssitzung im Zimmer 109 statt. Wir bitten sämtliche Fraktionsmitglieder, vollzählig und pünktlich anwesend zu sein.

Die Leiterinnen der Distrikte Groß-Berlins treffen sich heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9.

Donnerstag, 29. September

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt. Die Sitzung der kommunalen Kommission, die irrtümlich für den 28. angekündigt war, findet heute, Donnerstag, bei Troße, Schreinerstr. 18, statt.

13. Verwaltungsbezirk (Abt. Niederschönhausen). Abends ½8 Uhr Sitzung der Frauenarbeitskommission bei Schlegel, Eichenstr. 44. Bestimmtes Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

12. Distrikt (Kreuzberg). Nächste Sitzung der Bildungskommission abends ½8 Uhr bei Reblich, Solmsstr. 40.

Charlottenburg, 3. Abt., 25. Gruppe. Extrazahlabend bei Büttner, Kaiserin-Augusta-Allee 31.

Freitag, 30. September

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Distrikt. Männer-Chor U. S. P. 7½ Uhr wichtige Sitzung und Uebungsstunde bei Troße, Schreinerstr. 18. Sangesfreudige Genossen willkommen.

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt. Genossinnen und Genossen. Stellt Euch noch einmal der Frauen-Arbeitskommission zur Verfügung, früh 5½ Uhr, am Schlesischen Bahnhof, beim Empfang der zurückkehrenden Ferienkinder.

3. und 6. Distrikt. Zur Materialausgabe treffen sich die Mitglieder der Frauenkommission abends 7½ Uhr bei Kaiser, Gartenstr. 24.

8. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Bildungskommission bei Barichen, Burgsdorffstraße. Abends 7 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Klinge, Seestraße. Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Erdmann, Schwedter Straße.

Schöneberg-Friedenau. Die Funktionärsitzung ist bei Baum, Apostel-Paulus-Straße 33. Vortrag des Genossen Seger.

Sonnabend, 1. Oktober

9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 5 Uhr haben die Bezirksführer die Flugblätter von Kulka, Wilmersdorf, Lauenburger Straße abzuholen. Die Schmargendorfer Klebekolonne versammelt sich um 9 Uhr abends bei Lehr.

Sonntag, 2. Oktober

9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Vorm. 9 Uhr Flugblattverbreitung. Helenfee: Saalmann, Westfälische Str. 42. 2. und 3. Abteilung: Kulka, Lauenburger Str. 2. 4. Abteilung: Schäfer, Deimeldorn, Ecke Augustastraße. Schmargendorf: Bahr, Breite Straße.

Vereinskalender

Donnerstag, 29. September

Verband Volksgesundheit. Abends 7½ Uhr Vortrag der Naturheilkundigen Frau F. Hoffmann: „Gesunde Kreisf, gesundes Leben" in der Oberrealschule, Niederwallstraße 12.

Freitag, 30. September

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung der Steinmetzfachleute im Restaurant Wagenhofer, Schillingstr., Ecke Sichhornstraße. — Abends 7 Uhr Fachgruppenversammlung [illegible], im großen Saal der Hauerlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Abends 7 Uhr in Schulz Festsälen, Berlin, am Königsgraben 2, Gruppe Gemeindearbeiter, Branchenversammlung für Groß-Berlin. Die wichtige Tagesordnung erfordert pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Geschäftliches

Vom 27. September bis 1. Oktober inkl. findet in dem Ausstellungsraum bei Tietz, Alexanderplatz, eine für Hausfrauen sehr lehrens- und beherzigenswerte Ausstellung statt. Es wird Hausbäckerei und Hausmeierei vorgeführt, erstere mit erklärendem Vortrag eines Fachmannes über Hefeverwertung und mit Kostproben des vor den Augen der Hörer hergestellten Gebäcks.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: W. Rubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameiner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.